

**Entwurf für ein Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz für die (Erz-)Diözese N.N.
mit Gesetzesbegründung**

Entwurf

Inhalt

A. Einordnung und Darstellung des kirchlichen Vermögensverwaltungsrechtes.....	3
B. Ablösung durch kirchliche Gesetze	4
C. Entwurf für ein Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz für die (Erz-)Diözese N.N. vom 02.02.2021	5
1. Abschnitt - Grundsätze / allgemeine Bestimmungen	5
§ 1 Geltungsbereich.....	5
§ 2 Örtliches Kirchenvermögen.....	5
§ 3 Rechtliche Stellung	5
2. Abschnitt - Kirchengemeinden.....	5
§ 4 Aufgaben des Kirchenvorstandes	5
§ 5 Zusammensetzung des Kirchenvorstandes.....	6
§ 6 Vorsitz.....	6
§ 7 Ausschüsse	7
§ 8 Amtszeit der Mitglieder	7
§ 9 Ersatzmitglieder	7
§ 10 Aktives Wahlrecht	8
§ 11 Passives Wahlrecht	8
§ 12 Amtspflichten	8
§ 13 Verlust des Amtes.....	9
§ 14 Amtsenthebung.....	9
§ 15 Einberufung und Sitzungen des Kirchenvorstandes	10
§ 16 Öffentlichkeit.....	10
§ 17 Beschlussfähigkeit; Beschlussfassung.....	11
§ 18 Besondere Sitzungs- und Beschlussformate.....	11
§ 19 Befangenheit.....	11
§ 20 Protokoll.....	12
§ 21 Vertretung der Kirchengemeinde	12
§ 22 Genehmigungsvorbehalte	12
§ 23 Aufsichtsrechte des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates.....	13
§ 24 Auflösung; Vermögensverwaltung.....	13
3. Abschnitt - (Kirchen-)Gemeindeverbände	13
§ 25 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf Initiative der Kirchengemeinden .	13
§ 26 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative	13
§ 27 Ausscheiden; Auflösung.....	14

§ 28 Aufgaben	14
§ 29 Verbandsvertretung	14
4. Abschnitt - Übergangs- und Schlussbestimmungen.....	15
§ 31 Übergangsregelung für (Kirchen-)Gemeindeverbände	15
§ 32 Inkrafttreten.....	15
D. Begründung	16

A. Einordnung und Darstellung des kirchlichen Vermögensverwaltungsrechtes

In den nordrhein-westfälischen (Erz-)Diözesen gilt bis heute das preußische Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924¹ (im Folgenden: VVG) im staatlichen Rechtskreis als Landesrecht fort. In einem überdiözesanen Projekt auf nordrhein-westfälischer Ebene haben sich die zugehörigen fünf (Erz-)Diözesen Köln, Paderborn, Aachen, Essen und Münster mit der Notwendigkeit einer Novellierung und damit einhergehend einer Ablösung durch gleichlautende Diözesengesetze befasst. Diese Überlegungen haben folgenden Hintergrund:

Das VVG von 1924, dessen Vorgängergesetz das preußische Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 ist, hat seinen Ursprung in den Zeiten des preußischen Kulturkampfes. Es galt für alle dem preußischen Staatsgebiet zugehörigen (Erz-)Diözesen, wobei die Territorialgrenzen etwa durch das Preußenkonkordat von 1929² zwischenzeitliche Änderungen erfahren haben. Damit wurde von Seiten des preußischen Staates für die Kirchengemeinden u.a. die Bildung eines Kirchenvorstandes angeordnet, welchem neben dem Pfarrer gewählte Laiinnen und Laien angehörten. So wurde die Einsicht und Einflussnahme in die kirchliche Vermögensverwaltung durch Mitglieder der Kirchengemeinde hergestellt.

In den übrigen dem ehemaligen preußischen Rechtskreis zugehörigen Bundesländern ist das VVG in der Vergangenheit abgelöst worden. Grundlage hierfür waren u.a. konkordatäre Vereinbarungen.³

Trotz immer wieder erhobener verfassungsrechtlicher Bedenken – insbesondere mit Blick auf eine mögliche Unvereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlich garantierten kirchlichen Selbstbestimmungsrecht – stellt das VVG vor dem Hintergrund seiner langjährigen gewohnheitsrechtlichen Geltung mit Ausnahme der staatlichen Mitwirkungs- und Aufsichtsrechte aber in den Teilen der im Land Nordrhein-Westfalen gelegenen (Erz-)Diözesen kirchenrechtlich eine sog. *lex canonizata*⁴ dar.

¹ PrGS. S. 585; in der PrGS. NW nicht abgedruckt, gilt aber gemäß § 4 Nr. 6 des Gesetzes zur Bereinigung des in NW. Geltenden preußischen Rechts v. 7.11.1961 (GV. NW. S. 325 / SGV. NW. 114) weiter, ohne daß eine Überarbeitung des Gesetzes erfolgt ist.

² PrGS, S. 151.

³ Bspw. wurden auf Grundlage des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Land Niedersachsen vom 26. Februar 1965, Nieders. GVBl. S. 192, zuletzt mit dem Kirchenvermögensverwaltungsgesetz für den im Land Niedersachsen gelegenen Anteil des Erzbistums Paderborn (KVVG), Diözesangesetz vom 15. Juli 2000, zuletzt geändert am 22. März 2016, KA 159 Nr. 64, Regelungen zur dortigen Vermögensverwaltung getroffen.

⁴ Dabei handelt es sich gemäß can. 22 CIC um eine vom kirchlichen Recht übernommene Bestimmung des staatlichen Rechts.

Dies vorangestellt lässt sich der Kirchenvorstand historisch als Organ der Vermögensverwaltung und -vertretung erklären. Denn kirchenrechtlich vertritt nach can. 532 CIC allein der Pfarrer die Pfarrei. Ihm obliegt insofern auch die Vermögensverwaltungspflicht nach Maßgabe der cc. 1281 bis 1288 CIC. Als rein unterstützendes und beratendes Gremium ist kirchenrechtlich daneben ein Vermögensverwaltungsrat vorgesehen. Von diesen kirchenrechtlichen Vorgaben wird jedoch in allen deutschen Diözesen⁵ abgewichen und die Vermögensverwaltung und -vertretung kommt einem entscheidungsbefugten Kollegialorgan (z.B. Kirchenvorstand) zu.⁶

Die Landes- und Diözesangrenzen sind und waren nicht immer gleichlaufend. Deshalb gelten und galten auf den Gebieten einiger (Erz-)Diözesen zum Teil verschiedene Regelungen über die Verwaltung und Vertretung des örtlichen Kirchenvermögens.⁷

Die Vermögensverwaltung erfolgt auf Grundlage eines Zusammenspiels aus VVG sowie – soweit von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde – der Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Vermögens in den Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden.⁸ Rechtsgrundlage für den Erlass der Geschäftsanweisung ist § 21 Absatz 1 VVG.

Das VVG in seiner heutigen Form⁹ sowie die zugehörigen Begleitgesetze entsprechen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und pastoralen Erfordernissen. Aufgrund der strukturellen Ungleichzeitigkeit bei den pastoralen (Zukunfts-)Prozessen in den (Erz-)Diözesen NRW werden sehr unterschiedliche Anforderungen an das Vermögensverwaltungsrecht gestellt. Es bedarf diesbezüglich eines hohen Maßes an Flexibilität, die das VVG so nicht bietet. Die veränderten finanziellen und personellen Ressourcen finden im VVG keine ausreichende Berücksichtigung. Gleiches gilt für gesellschaftliche und technische Entwicklungen.

B. Ablösung durch kirchliche Gesetze

Deshalb soll das bisherige staatliche VVG durch den Landtag NRW ersatzlos aufgehoben werden. Künftig soll die Vermögensverwaltung auf Ortskirchenebene durch kircheneigene Gesetze geregelt werden. Nach den Vorgaben der Generalvikare der (Erz-)Diözesen NRW sollen diese kirchlichen Regelungen weitestgehend inhaltsgleich sein.

Durch die Ablösung des VVG durch gleichlautende Diözesangesetze wird angestrebt, den rechtlichen Rahmen für den Umgang mit den örtlich teils sehr unterschiedlichen Anforderungen zu schaffen. Das Recht der Vermögensverwaltung soll im Zuge der Ablösung an die heutigen Bedürfnisse angepasst und optimiert werden.

⁵ Bislang erfolgte im Bistum Dresden-Meißen eine den kirchenrechtlichen Vorgaben entsprechende Vermögensverwaltung. Nach Inkrafttreten des Gesetzes für die Verwaltung der Pfarreien im Bistum Dresden-Meißen (PfVG) vom 19. Mai 2020, KA Dresden-Meißen 2020, 60, erfolgt auch hier die Vermögensverwaltung durch einen entscheidungsbefugten Kirchenvorstand.

⁶ Vgl. Schreiben der Apostolischen Nuntiatur Bonn vom 12. Januar 1984 an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (päpstliches Indult), mit welchem die deutschen (Erz-)Diözesen von der Einhaltung der Vorgaben des can. 532 CIC befreit werden.

⁷ Teile des Erzbistums Köln liegen in Rheinland-Pfalz, im Erzbistum Paderborn gehören Teile zu Hessen bzw. Niedersachsen und auch Teile des Bistums Münster befinden sich auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen.

⁸ GVBl. NRW 2009, 818 bzw. MBl.NRW 2020 S. 310.

⁹ Geändert durch Gesetz v. 7.12.1948 (GS. NW. S. 424), Art. XIX AnpG. NW. v. 16.12.1969 (GV. NW. 1970 S. 22), 13.7.1982 (GV. NW. S. 342), Art. 9 d. Gesetzes zur Ausführung d. Betreuungsgesetzes und zur Anpassung d. Landesrechts v. 3.4.1992 (GV. NW. S. 124) und Gesetz vom 17.6.2002 (GV. NW. S. 313).

C. Entwurf für ein Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz für die (Erz-)Diözese N.N. vom 02.02.2021

Vor diesem Hintergrund haben die (Erz-)Diözesen Köln, Paderborn, Aachen, Essen und Münster den folgenden Entwurf für ein Kirchliches Vermögensverwaltungsgesetz abgestimmt:

1. Abschnitt - Grundsätze / allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Dieses Gesetz regelt die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens (c. 1257 § 1 CIC) in den Kirchengemeinden und in den (Kirchen-)Gemeindeverbänden in der Diözese N.N (örtliches Kirchenvermögen).

§ 2 Örtliches Kirchenvermögen

- (1) Das örtliche Kirchenvermögen im Sinne dieses Gesetzes umfasst
 - a) das Vermögen der Kirchengemeinde,
 - b) das unter die Verwaltung des Kirchenvorstandes gestellte Vermögen in der Kirchengemeinde, insbesondere das Vermögen der rechtlich selbstständigen Fabrikfonds (Kirchenfonds), Stellenfonds (Benefizien) und Stiftungsfonds,
 - c) das Vermögen der (Kirchen-)Gemeindeverbände.
- (2) Nicht zum örtlichen Kirchenvermögen gehören insbesondere Einnahmen aus Sammlungen und Kollekten, die aufgrund einer Anordnung des Ortsordinarius aufgebracht wurden und weiterzuleiten sind.
- (3) Das Kirchenvermögen dient der Verwirklichung der der Kirche eigenen Zwecke, insbesondere der Durchführung der Gottesdienste, der Ausübung der Verkündigung und der Werke der Nächstenliebe.

§ 3 Rechtliche Stellung

¹Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbände sind sowohl verfassungsrechtlich (Artikel 140 Grundgesetz i. V. m. Artikel 137 Absatz 5 Satz 1 Weimarer Reichsverfassung) als auch konkordatär (Artikel 13 Reichskonkordat) Körperschaften des öffentlichen Rechts. ²Bei künftigen Gebietsveränderungen erlangen sie diesen Status gemäß § 6 der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Diözesen im Land Nordrhein-Westfalen über die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung katholischer Kirchengemeinden vom 8./18./20./22./25. Oktober 1960 in ihrer jeweils geltenden Fassung.

2. Abschnitt - Kirchengemeinden

§ 4 Aufgaben des Kirchenvorstandes

- (1) Der Kirchenvorstand vertritt
 - a) die Kirchengemeinde und ihr Vermögen (§ 2 Absatz 1 lit. a) sowie
 - b) das Vermögen in der Kirchengemeinde (§ 2 Absatz 1 lit. b).

- (2) ¹Er verwaltet das Vermögen der Kirchengemeinde sowie das Vermögen in der Kirchengemeinde. ²Er hat insbesondere eine Vermögensrechnung zu erstellen und einen Haushaltsplan sowie einen Jahresabschluss aufzustellen und zu veröffentlichen. ³Das Nähere regeln Ausführungsbestimmungen.

§ 5 Zusammensetzung des Kirchenvorstandes

- (1) ¹Der Kirchenvorstand besteht
- a) aus dem Pfarrer oder dem vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrautem Geistlichen;
 - b) aus mindestens fünf gewählten Mitgliedern;
 - c) aus mindestens einer vom Pfarrgemeinderat bzw. Gesamtpfarrgemeinderat / Pfarreirat aus seinen Reihen für die jeweilige Wahlperiode des Kirchenvorstandes gewählten Person, die zum Kirchenvorstand wählbar ist.

²Ist eine Person oder eine Gemeinschaft von Personen nach can. 517 § 2 CIC an der Wahrnehmung der Hirtensorge der Kirchengemeinde beteiligt, ist bzw. sind abweichend von Satz 1 lit. a) der mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattete Geistliche sowie im Falle einer Gemeinschaft von Personen eine weitere Person aus der Gemeinschaft Mitglieder des Kirchenvorstandes. ³Das Nähere kann in einer Ausführungsbestimmung geregelt werden.

- (2) Sofern für die Kirchengemeinde eine Verwaltungsleitung bestellt ist, nimmt diese beratend an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teil, soweit der Kirchenvorstand nicht im Einzelfall etwas anderes beschließt.
- (3) ¹Die nach Absatz 1 Satz 1 lit. b) zu wählenden Mitglieder werden von den gemäß § 10 Wahlberechtigten in einer geheimen und unmittelbaren Wahl gewählt. ²Das Nähere regelt eine Wahlordnung.

§ 6 Vorsitz

- (1) ¹Der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute Geistliche hat den Vorsitz im Kirchenvorstand inne. ²Ist eine Person oder eine Gemeinschaft von Personen nach can. 517 § 2 CIC an der Wahrnehmung der Hirtensorge der Kirchengemeinde beteiligt, hat der mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattete Geistliche den Vorsitz im Kirchenvorstand inne.
- (2) ¹Der Kirchenvorstand wählt aus den Mitgliedern nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) oder Satz 2 mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz. ²Die oder der stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden in den Fällen der Verhinderung, die nur im Innenverhältnis nachzuweisen ist. ³Sofern weitere stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden, treten diese bei gleichzeitiger Verhinderung des Vorsitzenden und der jeweils vorrangigen stellvertretenden Vorsitzenden in die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden ein. ⁴Der Vorsitzende hat die Namen und Kontaktdaten des ersten und, sofern solche gewählt wurden, der weiteren stellvertretenden Vorsitzenden unverzüglich nach der Wahl dem (Erz-) Bischöflichen Generalvikariat anzuzeigen.
- (3) ¹Auf Antrag des Vorsitzenden hat der Kirchenvorstand für die Dauer seiner Wahlperiode und der Amtszeit des Vorsitzenden die erste stellvertretende Vorsitzende oder den ersten

stellvertretenden Vorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorsitz zu betrauen. ²Der Beschluss bedarf zu seiner Wirksamkeit der Genehmigung des (Erz-) Bischöflichen Generalvikariates.

- (4) ¹Mit dem geschäftsführenden Vorsitz übernimmt die erste stellvertretende Vorsitzende oder der erste stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz im Kirchenvorstand mit allen Rechten und Pflichten. ²Sie oder er ist verpflichtet, den Pfarrer bzw. den vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen, der Vorsitzender des Kirchenvorstandes bleibt, sowie etwaige Mitglieder gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 über alle Angelegenheiten des Kirchenvorstandes zu unterrichten, die Tagesordnung und die Sitzungstermine mit ihm abzustimmen und ihn über die Beratungsergebnisse auf Grund des Protokolls zu informieren. ³Sofern der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute Geistliche an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teilnimmt, hat er den Vorsitz inne, sofern er nicht zu Beginn der Sitzung den Vorsitz auf die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden überträgt.
- (5) ¹Auf begründeten Antrag des Vorsitzenden oder eines Mitgliedes bzw. der Gemeinschaft von Personen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 hat der Kirchenvorstand die Bestellung der ersten stellvertretenden oder des ersten stellvertretenden Vorsitzenden zur oder zum geschäftsführenden Vorsitzenden zurückzunehmen. ²Diese Rücknahme bedarf zu ihrer Wirksamkeit ebenfalls der Genehmigung des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates.
- (6) Sofern ein mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestatteter Geistlicher (can. 517 § 2 CIC) den Vorsitz im Kirchenvorstand innehat, gelten Absätze 3 bis 5 für diesen entsprechend.

§ 7 Ausschüsse

- (1) ¹Der Kirchenvorstand kann Ausschüsse bilden, um seine Beschlüsse vorzubereiten und auszuführen. ²Den Ausschüssen soll jeweils mindestens ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören.
- (2) ¹Den Ausschüssen kann auf der Grundlage von Beschlüssen des Kirchenvorstandes auch die Vertretung der Kirchengemeinde für bestimmte Sach- oder Geschäftsbereiche übertragen werden. ²Werden einem Ausschuss Befugnisse gemäß Satz 1 übertragen, muss ihm mindestens ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören.
- (3) Das Nähere regelt eine Ausführungsbestimmung.

§ 8 Amtszeit der Mitglieder

- (1) Die Amtszeit der gewählten Mitglieder beträgt vier Jahre.
- (2) Die Amtszeit des Kirchenvorstandes beginnt mit der konstituierenden Sitzung, die unverzüglich, spätestens jedoch zwei Monate nach Rechtskraft der Wahl, stattzufinden hat.
- (3) Die Mitglieder führen ihr Amt bis zur konstituierenden Sitzung nach der nächsten Wahl fort.
- (4) Der Diözesanbischof kann in begründeten Ausnahmefällen, insbesondere im Zusammenhang mit Strukturveränderungen, die Amtszeit des Kirchenvorstandes nach dessen vorheriger Anhörung angemessen verkürzen oder verlängern; in der Regel soll die Verkürzung oder Verlängerung die Hälfte der Amtszeit nicht unter- bzw. überschreiten.

§ 9 Ersatzmitglieder

- (1) Wird die Wahl nicht angenommen oder endet die Mitgliedschaft vorzeitig, rücken die Ersatzmitglieder für die Dauer der restlichen Amtszeit des Kirchenvorstandes nach den Vorschriften der Wahlordnung unmittelbar auf.
- (2) Ist kein Ersatzmitglied mehr vorhanden oder lehnen die vorhandenen Ersatzmitglieder die Übernahme des Amtes ab, wählt der Kirchenvorstand für die Dauer seiner restlichen Amtszeit unverzüglich die Mitglieder aus den wählbaren Mitgliedern der Kirchengemeinde hinzu.
- (3) ¹Die Zuwahl ist nur statthaft, solange der Kirchenvorstand noch mindestens zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) besteht. ²Ist die Zuwahl nicht statthaft, ist gemäß § 24 Absatz 3 zu verfahren.

§ 10 Aktives Wahlrecht

- (1) Wahlberechtigt ist jedes Mitglied der Kirchengemeinde, das am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat, spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz in der Kirchengemeinde begründet hat und nicht den Kirchenaustritt für den weltlichen Rechtskreis erklärt hat.
- (2) Das Wahlrecht ruht für Personen, die infolge einer gerichtlichen Entscheidung nicht die Fähigkeit besitzen, zu wählen.
- (3) ¹Abweichend von Absatz 1 kann auch zur Wahl zugelassen werden, wer seinen Erstwohnsitz nicht in der Kirchengemeinde hat und spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz in der (Erz-)Diözese N.N. oder in einer der an die (Erz-)Diözese N.N. unmittelbar angrenzenden (Erz-)Diözesen begründet hat. ²Das aktive Wahlrecht kann nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden. ³Das Nähere regelt die Wahlordnung.

§ 11 Passives Wahlrecht

- (1) Wählbar ist jede gemäß § 10 wahlberechtigte Person, die am Wahltag
 - a) das 18. Lebensjahr vollendet hat,
 - b) das 75. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
 - c) nicht durch bischöfliches Dekret von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurde.
- (2) Das passive Wahlrecht kann nur in einer Kirchengemeinde ausgeübt werden.
- (3) Bei der Aufstellung der Vorschlagsliste ist darauf zu achten, dass eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern zur Wahl steht.
- (4) ¹Nicht wählbar sind
 - a) Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Kirchengemeinde oder zum Pfarrer stehen oder die zu einem haupt- oder nebenamtlichen Dienst in dieser Kirchengemeinde bestellt sind,
 - b) Geistliche, einschließlich Ruhestands- sowie Ordensgeistliche und
 - c) im kirchlichen Dienst beschäftigte Personen, die mit der kirchlichen Aufsicht über die Kirchengemeinde betraut sind.

²Im Zweifel entscheidet das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat.

§ 12 Amtspflichten

- (1) Das Amt der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c) ist ein Ehrenamt.
- (2) Die Mitglieder des Kirchenvorstandes haben die ihnen obliegenden Pflichten sorgfältig zu erfüllen und darüber zu wachen, dass die Kirchengemeinde keinen Schaden erleidet.
- (3) ¹Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sind zur Verschwiegenheit über alle Umstände verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind. ²§ 16 Abs. 1 gilt entsprechend. ³Die Verschwiegenheitsverpflichtung gilt auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt. ⁴Bei Amtsantritt sind die Mitglieder durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden auf die Einhaltung der Verschwiegenheitspflicht nach Satz 1 sowie das Datengeheimnis und die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzregelungen zu verpflichten.
- (4) ¹Die Mitglieder des Kirchenvorstandes sind zur gewissenhaften Beachtung der staatlichen und kirchlichen Rechtsvorschriften verpflichtet. ²Dies betrifft insbesondere die kirchlichen Bestimmungen zum Umgang mit Fällen sexuellen Missbrauchs und zur Prävention gegen sexualisierte Gewalt in ihren jeweils gültigen Fassungen.
- (5) Der Kirchenvorstand führt ein Verzeichnis über seine Mitglieder.

§ 13 Verlust des Amtes

- (1) Ein Kirchenvorstandsmitglied verliert sein Amt unmittelbar
 - a) wenn die Voraussetzung des § 11 Absatz 1 lit. c) vorliegt,
 - b) wenn die Wahl für ungültig erklärt wird,
 - c) wenn das Wahlergebnis zu berichtigen war,
 - d) durch Amtsenthebung,
 - e) mit dem Zugang der schriftlichen Erklärung über die Niederlegung des Amtes beim Vorsitzenden.
- (2) Der Verlust des Amtes ist unter Angabe des Datums im Protokoll der nächsten Kirchenvorstandssitzung zu dokumentieren.

§ 14 Amtsenthebung

- (1) ¹Der Kirchenvorstand kann durch einen Mehrheitsbeschluss der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 einen begründeten Antrag auf Amtsenthebung eines Kirchenvorstandsmitgliedes im Sinne des § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c) aus wichtigem Grund, insbesondere wegen grober Pflichtwidrigkeit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen, an das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat richten. ²Das betroffene Kirchenvorstandsmitglied soll zuvor vom Kirchenvorstand angehört werden. ³Das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat hat über den Antrag innerhalb von drei Monaten begründet zu entscheiden.
- (2) Das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat kann auch ohne Antrag nach Absatz 1 ein Kirchenvorstandsmitglied im Sinne des § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c) aus wichtigem Grund im Sinne von Absatz 1 durch einen begründeten schriftlichen Bescheid seines Amtes entheben und ihm zugleich die Wählbarkeit entziehen.
- (3) Zuvor werden das Kirchenvorstandsmitglied, im Falle des Absatzes 1 auch der Kirchenvorstand, im Falle des § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. c) auch der Pfarrgemeinderat bzw. Gesamtpfarrgemeinderat / Pfarreirat gehört.

§ 15 Einberufung und Sitzungen des Kirchenvorstandes

- (1) Der Vorsitzende beruft den Kirchenvorstand stets ein, wenn es zur ordnungsgemäßen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist, mindestens jedoch dreimal jährlich.
- (2) ¹Der Vorsitzende hat den Kirchenvorstand einzuberufen, sofern ein Drittel der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 oder das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat es verlangen. ²Wenn der Vorsitzende dem Verlangen nicht binnen zwei Wochen entspricht, kann das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat auf Antrag des Drittels der Mitglieder des Kirchenvorstandes die Einberufung vornehmen und die Sitzung durch eine beauftragte Person leiten lassen. ³Eines Antrages nach Satz 2 bedarf es nicht, wenn der Kirchenvorstand auf Verlangen des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates einberufen werden soll.
- (3) ¹Die Mitglieder sind durch den Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung und Beifügung der Beratungsunterlagen spätestens eine Woche vor der Sitzung einzuladen. ²Die Einladung kann in Schrift- oder Textform erfolgen. ³Sie soll nebst Tagesordnung, unter Beachtung des Datenschutzes, auf ortsübliche Weise öffentlich bekannt gemacht werden.
- (4) ¹Bei Eilbedürftigkeit kann die in Absatz 3 genannte Frist auf 48 Stunden verkürzt werden. ²Über die Eilbedürftigkeit befindet der Vorsitzende. ³Einen entsprechenden Antrag von einem Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 kann der Vorsitzende nur aus wichtigem Grund zurückweisen.
- (5) Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes sorgt für die gründliche Vorbereitung der Beratungsgegenstände, leitet in den Sitzungen die Verhandlungen, bestimmt die Reihenfolge der Beratungsgegenstände und Abstimmungen und sorgt für die Eintragung der Beschlüsse in das Protokoll.
- (6) ¹Der Vorsitzende kann jederzeit weitere Personen, die auch in einem kirchlichen Beschäftigungsverhältnis stehen können, sowie sonstige Sachverständige zu einzelnen Tagesordnungspunkten beratend hinzuziehen. ²Entsprechende Anträge von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 kann der Vorsitzende nur aus wichtigem Grund zurückweisen.
- (7) ¹Beabsichtigen Kirchenvorstände, in bestimmten Angelegenheiten der Vermögensverwaltung zusammenzuarbeiten, können die Kirchenvorstände diese Angelegenheiten in gemeinsamen Sitzungen beraten. ²Die Beschlüsse sind getrennt zu fassen.

§ 16 Öffentlichkeit

- (1) Die Sitzungen sind nichtöffentlich, soweit der Kirchenvorstand nicht im Einzelfall unter Beachtung von Absatz 2 etwas anderes beschließt.
- (2) In jedem Fall nichtöffentlich zu behandeln sind:
 1. Personalangelegenheiten;
 2. Vergabeangelegenheiten;
 3. Beratungen und Entscheidungen über die Zulassung der Öffentlichkeit;
 4. Beratungen und Entscheidungen über die Befangenheit von Kirchenvorstandsmitgliedern (§ 19);
 5. sonstige Angelegenheiten, die der Natur der Sache nach vertraulich zu behandeln sind.

§ 17 Beschlussfähigkeit; Beschlussfassung

- (1) ¹Der Kirchenvorstand ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c) anwesend ist. ²Er ist stets beschlussfähig, wenn zu einer neuen Sitzung mit der gleichen Tagesordnung in Schrift- oder Textform eingeladen wird und ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, dass die Beschlussfassung nicht vom Erscheinen der Mehrheit der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 abhängt. ³Die Einladung zu einer neuen Sitzung kann frühestens am Tag nach der Sitzung, zu welcher zuerst geladen wurde, ausgesprochen werden.
- (2) ¹Sofern dieses Gesetz nicht etwas anderes vorsieht, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. ²Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. ³Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme.
- (3) ¹Bei Wahlen ist auf Antrag geheim abzustimmen. ²Bei Stimmgleichheit erfolgt in jedem Fall eine Stichwahl; führt auch diese zur Stimmgleichheit, entscheidet das Los.

§ 18 Besondere Sitzungs- und Beschlussformate

- (1) ¹Im Ausnahmefall, insbesondere bei Eilbedürftigkeit, können abweichend von § 15 folgende besonderen Sitzungs- oder Beschlussformate durchgeführt werden:
 - a) virtuelle (Hybrid-) Sitzungen, insbesondere Telefon-, Web- oder Videokonferenzen,
 - b) Stern- oder Umlaufverfahren.²Über den Ausnahmefall und die Durchführung besonderer Sitzungs- oder Beschlussformate befindet der Vorsitzende. ³Einen entsprechenden Antrag von einem Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes nach § 5 Absatz 1 kann der Vorsitzende nur aus wichtigem Grund zurückweisen.
- (2) Unbeschadet der Regelung des Absatzes 1 kann der Kirchenvorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder nach § 5 Absatz 1 beschließen, welche einfach gelagerten Gegenstände generell keiner Beratung in einer Sitzung bedürfen und daher auch in einem besonderen Sitzungs- oder Beschlussformat behandelt werden können.
- (3) ¹Bei der Durchführung besonderer Sitzungs- oder Beschlussformate ist den Mitgliedern des Kirchenvorstandes eine Beschlussvorlage zu übermitteln. ²Bei Wahlen ist ein Stern- oder Umlaufverfahren nicht zulässig.
- (4) ¹Stern- oder Umlaufverfahren gemäß Absatz 1 lit. b) unterliegen der Schrift- oder Textform. ²Bei einer Beschlussfassung im Stern- oder Umlaufverfahren ist den Mitgliedern eine Frist zur Rückäußerung einzuräumen; eine nicht fristgemäße Rückäußerung gilt als Ablehnung.
- (5) Alle in besonderen Sitzungs- oder Beschlussformaten gefassten Beschlüsse sind in der nächsten ordentlichen Sitzung bekannt zu geben und mit dem Abstimmungsergebnis zu protokollieren.

§ 19 Befangenheit

- (1) ¹Ein Mitglied kann an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen, wenn die Besorgnis der Befangenheit besteht. ²Für die Bestimmung der Befangenheitsgründe finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Ausschließung und Ablehnung gemäß §§ 82 – 84 AO in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß Anwendung. ³Ob die Besorgnis der Befangenheit vorliegt oder vorgelegen hat, entscheidet der Kirchenvorstand unter Ausschluss des Betroffenen in nichtöffentlicher Sitzung; dieser ist vorher zu hören.

- (2) ¹Das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat kann Beschlüsse, die unter Verletzung des Absatzes 1 gefasst worden sind, innerhalb von vier Wochen nach Beschlussfassung beanstanden, wenn die Mitwirkung des betroffenen Mitgliedes für die Beschlussfassung entscheidend war. § 23 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 20 Protokoll

- (1) Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes sind während der Sitzung unter Angabe des Tages und des Ortes, der Anwesenden und des Abstimmungsergebnisses zu protokollieren.
- (2) Führt die Kirchengemeinde das Protokoll in nicht elektronischer Form, werden die Eintragungen verlesen und vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied unter Beidrückung des Amtssiegels unterschrieben.
- (3) ¹Wird das Protokoll elektronisch geführt, ist in der Sitzung ein Ausdruck zu fertigen, der vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied unter Beidrückung des Amtssiegels zu unterzeichnen und in einem fortlaufend nummerierten Sitzungsordner abzulegen ist. ²Dies gilt nicht, wenn eine revisionssichere Ablage des Protokolls in elektronischer Form sichergestellt ist.
- (4) Bekundet werden die Beschlüsse durch Auszüge aus dem Protokoll, die der Vorsitzende oder die Verwaltungsleitung unter Beidrückung des Amtssiegels beglaubigt.
- (5) ¹Nähere Bestimmungen zum Amtssiegel ergeben sich aus der Siegelordnung. ²Sofern diese es zulässt, kann das Amtssiegel auch in elektronischer Form geführt werden.

§ 21 Vertretung der Kirchengemeinde

- (1) ¹Willenserklärungen des Kirchenvorstandes sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Vorsitzenden oder einer Person, die mit dem stellvertretenden Vorsitz betraut ist und einem weiteren Mitglied schriftlich unter Beidrückung des Amtssiegels abgegeben werden. ²Hierdurch wird nach außen das Vorliegen eines ordnungsgemäß zustande gekommenen Beschlusses des Kirchenvorstandes festgestellt. ³§ 20 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (2) ¹Bei Gefahr im Verzuge ordnet der Vorsitzende im Einvernehmen mit der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden, bei deren oder dessen Verhinderung mit einem anderen Kirchenvorstandsmitglied, die notwendigen Maßnahmen an. ²Der Vorsitzende hat in der nächsten Sitzung dem Kirchenvorstand zu berichten.
- (3) ¹Geschäfte der laufenden Verwaltung führt der Vorsitzende des Kirchenvorstandes unter Befreiung von der Vorschrift des Absatzes 1. ²Im Einzelfall kann er die Entscheidung des Kirchenvorstandes herbeiführen; der Kirchenvorstand kann sich die Entscheidung vorbehalten. ³Das Nähere regelt eine Ausführungsbestimmung.
- (4) ¹Der Kirchenvorstand kann abweichend von Absatz 3 beschließen, ein Kirchenvorstandsmitglied, die Verwaltungsleitung, einen Ausschuss gemäß § 7 Absatz 2 oder einen Dritten mit der Wahrnehmung von Geschäften der laufenden Verwaltung zu beauftragen. ²Der Beschluss hat den Umfang der Aufgaben festzulegen.
- (5) ¹Unbeschadet der Regelung des Absatzes 4 kann der Kirchenvorstand Kirchenvorstandsmitglieder, einen Ausschuss gemäß § 7 Absatz 2, die Verwaltungsleitung oder Dritte im Wege der Gattungs- oder Spezialvollmacht mit der Vertretung der Kirchengemeinde beauftragen. ²Der Beschluss hat den Umfang der Bevollmächtigung festzulegen.

§ 22 Genehmigungsvorbehalte

In welchen Fällen ein Beschluss, ein Rechtsgeschäft oder ein Rechtsakt erst durch die Genehmigung des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates rechtswirksam wird, bestimmt die Geschäftsanweisung.

§ 23 Aufsichtsrechte des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates

- (1) ¹Das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat kann in die Vermögensverwaltung Einsicht nehmen und rechtswidrige Beschlüsse beanstanden. ²Beanstandete Beschlüsse dürfen nicht vollzogen werden, bereits getroffene Maßnahmen müssen auf Verlangen des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates rückgängig gemacht werden.
- (2) ¹Behebt der Kirchenvorstand eine beanstandete Maßnahme nicht oder erfüllt er ihm rechtlich obliegende Pflichten und Aufgaben nicht, so kann das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat anordnen, dass der Kirchenvorstand innerhalb einer bestimmten, angemessenen Frist das Erforderliche veranlasst. ²Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat durch einen zu begründenden schriftlichen Bescheid die beanstandeten Maßnahmen des Kirchenvorstandes aufheben. ³Bei dringend erforderlichen, unaufschiebbaren Maßnahmen kann das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat unmittelbar anstelle des Kirchenvorstandes handeln.

§ 24 Auflösung; Vermögensverwaltung

- (1) Bei Gebietsveränderungen der Kirchengemeinde innerhalb der Wahlperiode kann der Ortsordinarius den Kirchenvorstand auflösen und Neuwahlen anordnen.
- (2) ¹Hat der Kirchenvorstand seine Pflichten wiederholt oder in grober Weise verletzt, kann ihn der Ortsordinarius auflösen. ²Mit der Auflösung ist die Neuwahl des Kirchenvorstandes anzuordnen. ³§ 14 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (3) ¹Ist ein Kirchenvorstand nicht vorhanden, insbesondere weil er aufgelöst, in seiner Gesamtheit zurückgetreten, eine Wahl der Mitglieder nicht zustande gekommen oder er aus einem sonstigen Grund nicht mehr oder noch nicht existent ist, bestellt der Ortsordinarius übergangsweise eine Vermögensverwaltung. ²Diese kann er einer oder mehreren Personen übertragen. ³Diese hat die Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes. ⁴Die Bestellung ist im kirchlichen Amtsblatt zu veröffentlichen. ⁵Mit Bestellung der Vermögensverwaltung soll die Neuwahl des Kirchenvorstandes angeordnet werden.
- (4) Für die Fälle des § 9 Absatz 3 gilt Absatz 3 entsprechend.

3. Abschnitt - (Kirchen-)Gemeindeverbände

§ 25 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf Initiative der Kirchengemeinden

- (1) Kirchengemeinden können zu einem Verband zusammengeschlossen werden.
- (2) ¹Die Errichtung wird nach Zustimmung der Kirchenvorstände der beteiligten Kirchengemeinden vom Diözesanbischof angeordnet. ²Mit dem Beitritt der Hälfte der vom Zweck des Verbandes betroffenen Kirchengemeinden kann der Diözesanbischof auch den Beitritt der übrigen Kirchengemeinden anordnen.

§ 26 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative

- (1) Ist für die sachgemäße Erfüllung wichtiger kirchlicher Aufgaben die Bildung eines (Kirchen-) Gemeindeverbands erforderlich, so kann der Diözesanbischof den beteiligten Kirchengemeinden eine angemessene Frist zur Bildung des (Kirchen-)Gemeindeverbands setzen.
- (2) Kommt der (Kirchen-)Gemeindeverband innerhalb der Frist durch Vereinbarung der betroffenen Kirchengemeinden nicht zustande, so kann der Diözesanbischof den (Kirchen-)Gemeindeverband bilden und gleichzeitig eine Satzung erlassen. Die betroffenen Kirchengemeinden sind vorher zu hören.
- (3) Unter den vorgenannten Voraussetzungen kann der Diözesanbischof Kirchengemeinden einem bereits bestehenden (Kirchen-)Gemeindeverband zuordnen und die Satzung entsprechend ändern.

§ 27 Ausscheiden; Auflösung

- (1) Für das Ausscheiden einer Kirchengemeinde aus einem bestehenden (Kirchen-)Gemeindeverband sind neben der Anordnung des Diözesanbischofs ein hierauf gerichteter Kirchenvorstandsbeschluss der betroffenen Kirchengemeinde und die Zustimmung der Mehrheit der Verbandsvertretung erforderlich.
- (2) Für die Auflösung des (Kirchen-)Gemeindeverbands gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, dass hierfür eine Zustimmung von zwei Dritteln der Verbandsvertretung notwendig ist.
- (3) Aus wichtigem Grund kann der Diözesanbischof das Ausscheiden einer Kirchengemeinde aus einem Verband oder die Auflösung eines (Kirchen-)Gemeindeverbands anordnen.

§ 28 Aufgaben

Der Verband kann ganz oder teilweise die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben der Kirchengemeinden übernehmen.

§ 29 Verbandsvertretung

- (1) ¹Die Angelegenheiten des Verbandes werden von der Verbandsvertretung wahrgenommen. ²Diese besteht aus jeweils zwei Mitgliedern der einzelnen Kirchenvorstände, die von diesen aus ihren Reihen für die Dauer ihres Amtes gewählt werden.
- (2) Die Verbandsvertretung wählt aus ihren Reihen eine Person für den Vorsitz und mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz.

Für Aachen und Köln:

¹Der Diözesanbischof ernennt einen Pfarrer der am (Kirchen-)Gemeindeverband beteiligten Kirchengemeinden zum Vorsitzenden. ²Der Pfarrer kann den Vorsitz der Verbandsvertretung mit Genehmigung des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariats auf ein anderes Mitglied der Verbandsvertretung übertragen. ³Die Verbandsvertretung wählt aus ihren Reihen eine Person für den stellvertretenden Vorsitz.

§ 30 Satzung

- (1) Die Rechtsverhältnisse des Verbandes sind durch die Satzung näher zu regeln, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.
- (2) Die Satzung muss mindestens Regelungen enthalten über
 - a) den Namen und den Sitz des (Kirchen-)Gemeindeverbandes,
 - b) Mitgliedschaft, Aufnahme und Ausschluss,

- c) Vermögensausgleich und -auseinandersetzung bei Eintritt, Austritt und Auflösung,
- d) Organe.

4. Abschnitt - Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 31 Übergangsregelung für (Kirchen-)Gemeindeverbände

¹Für bereits errichtete (Kirchen-)Gemeindeverbände in der (Erz-)Diözese N.N. gelten die §§ 22 bis 27 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 übergangsweise bis zum ... als kirchliche Regelung fort. ²§§ 25 bis 30 dieses Gesetzes finden auf sie in diesem Zeitraum keine Anwendung.

§ 32 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt zum ... in Kraft.

Entwurf

D. Begründung

Zu § 1 Geltungsbereich:

§ 1 legt den Geltungsbereich des Gesetzes fest. Insofern wird die Verwaltung und Vertretung des Kirchenvermögens in den Kirchengemeinden und in den (Kirchen-)Gemeindeverbänden der jeweiligen (Erz-)Diözese geregelt. Es gilt jeweils auf diözesaner Ebene. Durch den hier aufgezeigten diözesanen Bezug wird der Geltungsbereich auf römisch-katholische Kirchengemeinden beschränkt.

Mit § 1 in Verbindung mit der Präzisierung in § 2 erfolgt eine Legaldefinition für das örtliche Kirchenvermögen. Der Verweis auf can. 1257 § 1 CIC ist rein deklaratorischer Natur, verdeutlicht jedoch die grundsätzliche Maßgeblichkeit der einschlägigen universalkirchenrechtlichen Bestimmungen, so dass sich weitere Einzelverweise erübrigen. Can. 1257 § 1 CIC verweist seinerseits auf die nachfolgenden Canones, die demnach ebenso Anwendung finden.

Als für die Vermögensverwaltung maßgebliche Rechtsform wird vorliegend auf den Begriff der Kirchengemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts abgestellt. Zentraler Rechtsträger des pfarrlichen Kirchenvermögens ist insofern die Kirchengemeinde mit der weltlich-rechtlichen Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Bei dem Begriff „(Kirchen-)Gemeindeverbände“ handelt es sich hier und im Folgenden um einen Arbeitstitel, der in den jeweiligen Diözesengesetzen diözesanspezifisch angepasst wird.

Zu § 2 Örtliches Kirchenvermögen:

§ 2 definiert das örtliche Kirchenvermögen (Legaldefinition in § 1) und die zugehörigen Vermögensträger näher. Durch die positivrechtliche Aufzählung in Absatz 1 wird deutlich, dass das örtliche Kirchenvermögen aus verschiedenen selbstständigen Vermögensmassen bestehen kann. Daneben erfolgt in Absatz 2 eine Negativabgrenzung.

Mit dieser Definition des örtlichen Kirchenvermögens wird im Vergleich zum VVG trotz der nach wie vor weiten Fassung eine Konkretisierung vorgenommen (vgl. § 1 VVG: „Vermögen in der Kirchengemeinde“).

Zu Absatz 1 lit. b):

Neben dem Vermögen der Kirchengemeinde gehört zum örtlichen Kirchenvermögen auch das unter die Verwaltung des Kirchenvorstandes gestellte Vermögen in der Kirchengemeinde. Dazu zählt u.a. das Vermögen der als Regelbeispiele aufgeführten rechtlich selbstständigen Fabrikfonds (Kirchenfonds), Stellenfonds (Benefizien) und Stiftungsfonds.

Es ist eine Vielzahl unterschiedlicher Fonds mit uneinheitlichen Bezeichnungen bekannt. Durch die nicht abschließende Aufzählung („insbesondere“) ist sichergestellt, dass auch entsprechende örtliche Besonderheiten in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen. Denkbar sind beispielsweise Fonds, die nicht als Fabrik- oder Stellenfonds klassifiziert werden können.

Die hier aufgenommenen Stiftungsfonds betreffen nur das Erzbistum Köln. Dort werden die hier gemeinten Stiftungsfonds, zu denen beispielsweise auch Nachlässe und Schenkungen gezählt werden und deren grundbuchliche Bezeichnung mit dem Zusatz „Stiftungsfonds“ gekennzeichnet wird, immer durch den Kirchenvorstand verwaltet, sie gehören aber nicht zum

Vermögen der Kirchengemeinde selbst. In anderen (Erz-)Diözesen werden solche Vermögensmassen von § 2 Absatz 1 lit. a) erfasst. Es handelt sich dann etwa um Sondervermögen der Kirchengemeinde, welches im Haushalt gesondert ausgewiesen wird. Ob und inwieweit es sich bei Stiftungsfonds um selbstständige Fonds handelt, muss im Einzelfall geprüft werden, wobei can. 1257 CIC beachtlich ist. Da die nicht abschließende Aufzählung bereits die erforderliche Flexibilität bietet, erfolgt die Aufnahme der Stiftungsfonds in den jeweiligen Diözesengesetzen fakultativ.

Auch das Treuhandvermögen ist, soweit es nicht gesondert ausgenommen ist (vgl. Absatz 2), von der Regelung erfasst.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 regelt, welche Vermögensbestandteile nicht zum örtlichen Kirchenvermögen gehören. Durch die nicht abschließende Aufzählung („insbesondere“) können im Rahmen einer extensiven Auslegung weitere Vermögensbestandteile vom Geltungsbereich ausgenommen sein. Die entsprechenden diözesanen Regelungen, wie etwa Treugut- und Haushaltsordnungen, sind zu beachten.

Die Norm entspricht im Übrigen dem Regelungsgehalt von can. 1266 CIC, wonach alle nicht-pfarrlichen – also vom Ortsordinarius angeordneten – Spendensammlungen abzuführen sind. Daneben ist can. 1265 CIC zu beachten. Das Treugut gehört zwar grundsätzlich zum örtlichen Kirchenvermögen, ist der Verwaltung durch den Kirchenvorstand jedoch partiell durch etwaige Treugutordnungen o.ä. entzogen.

Zu Absatz 3:

Die Zweckdefinition erscheint trotz des allgemeinen Verweises in § 1 auf can. 1257 CIC gerechtfertigt, da es sich um eine Präzisierung in zeitgemäßer Wortfassung handelt, die auch etwa Vorhaben wie GmbH-Gründungen erfasst.

Zu § 3 Rechtliche Stellung:

Der Körperschaftsstatus von Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbänden ergibt sich aus dem verfassungsrechtlichen bzw. staatskirchenrechtlichen/konkordatären Regelungsgefüge und ist demnach keine alleinige Angelegenheit der Kirche. Dieser Umstand wird in § 3 explizit beschrieben, wobei der Regelung eine rein deklaratorische Wirkung zukommt. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich zum einen dennoch aus dem Umstand, dass der Körperschaftsstatus im Recht der Vermögensverwaltung eine ganz essentielle Gegebenheit ist. Daneben wird die Erforderlichkeit wegen der Komplexität des zugrundeliegenden Rechtsgefüges gesehen; die weltlich-rechtliche Rechtsform soll für die Gesetzanwendenden unmittelbar erkennbar sein.

Satz 2 bezieht sich sowohl auf Kirchengemeinden als auch auf (Kirchen-)Gemeindeverbände („sie“). Die angegebene Vereinbarung von 1960 erfasst in ihrer derzeitigen Fassung jedoch lediglich die Kirchengemeinden und muss mit Blick auf die (Kirchen-)Gemeindeverbände noch erweitert werden. Der Gesetzentwurf greift hier (noch) vorweg.

Die vorliegende Regelung bezieht sich ausschließlich auf die nordrhein-westfälische Rechtslage. Die Berücksichtigung der maßgeblichen Rechtslagen außerhalb Nordrhein-Westfalens (Hessen bzw. Rheinland-Pfalz) erfolgt durch entsprechende Ergänzung im jeweiligen Diözesengesetz.

Auch aufgrund des Körperschaftsstatus von Kirchengemeinden und (Kirchen-)Gemeindeverbänden bedarf es einer staatlichen Anerkennung der die Vertretung sowie Genehmigungsvorbehalte betreffenden Regelungen des Ablösegesetzes.

Zu § 4 Aufgaben des Kirchenvorstandes

§ 4 definiert die Aufgaben des Kirchenvorstandes. Ihm kommt insofern die Vertretung und Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens zu. Klarstellend wird hierzu in Absatz 1 auf § 2 Absatz 1 lit. a) bzw. b) verwiesen.

Zu Absatz 1:

Der Kirchenvorstand vertritt die Kirchengemeinde als Rechtsträger sowie ihr Vermögen und daneben das selbstständige Vermögen in der Kirchengemeinde. Es handelt sich hierbei um eine Außenvertretung. Dem Zusatz „und ihr Vermögen“ (lit. a)) kommt eine rein deklaratorische Wirkung zu, da die Vertretung der Kirchengemeinde ohnehin auch die Vertretung des Vermögens der Kirchengemeinde umfasst.

Zu Absatz 2:

Der teils unterschiedliche Umgang mit Treuhandvermögen o.ä. macht u.U. einen Verweis auf entsprechendes Diözesanrecht erforderlich. Bei den hier verwendeten Begrifflichkeiten sind ggf. diözesane Besonderheiten zu beachten; vgl. insofern auch Satz 3.

Zu § 5 Zusammensetzung des Kirchenvorstandes:

Systematisch knüpft § 5 mit Blick auf die Zusammensetzung des Kirchenvorstandes an § 2 VVG an, sieht jedoch durchaus auch neue Optionen vor. Grundsätzlich wird unterschieden, zwischen gewählten Mitgliedern (Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c)) sowie amtlichen Mitgliedern (Absatz 1 Satz 1 lit. a) und Satz 2). Daneben werden die Stellung der Verwaltungsleitung (Absatz 2) sowie die Wahlmodalitäten (Absatz 3) geregelt.

Zu Absatz 1:

§ 5 Absatz 1 Satz 1 lit. a) ist als Fortführung von § 2 Absatz 1 Nr. 1 VVG zu verstehen. Erfasst ist insofern auch etwa ein Pfarrverwalter oder Pfarrverweser. Zu beachten ist jedoch, dass die Neuregelung dem Pfarrer oder dem vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betrauten Geistlichen an dieser Stelle des Gesetzes noch nicht den Vorsitz im Kirchenvorstand zuschreibt (vgl. diesbezüglich jedoch § 6).

Bezüglich der Anzahl der gewählten Mitglieder des Kirchenvorstandes wird gemäß lit. b) eine flexible Handhabung ermöglicht. Bislang richtete sich die Anzahl der gewählten Mitglieder gemäß § 3 VVG nach der Seelenzahl der Kirchengemeinde. Dabei handelte es sich um starre Grenzen, die ein Abweichen nicht möglich machten. Nunmehr müssen dem Kirchenvorstand mindestens fünf gewählte Mitglieder angehören. Mithin kommt es bei der Besetzung des Kirchenvorstandes gerade nicht mehr auf die Gemeindegröße an. Vielmehr kann sich die Anzahl der gewählten Mitglieder individuell nach den örtlichen Bedürfnissen und Ressourcen richten. Auch vor dem Hintergrund der sich verändernden pastoralen Strukturen erscheint eine diesbezügliche Flexibilisierung zweckmäßig. In einer diözesanen Wahlordnung bzw. diözesanen Ausführungsbestimmungen sind die näheren Modalitäten zu regeln.

Gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. c) wählt der Pfarrgemeinderat bzw. Gesamtpfarrgemeinderat / Pfarreirat aus seinen Reihen mindestens eine für den Kirchenvorstand wählbare Person für die jeweilige Wahlperiode des Kirchenvorstandes, die so zum Mitglied des Kirchenvorstandes wird. Insofern sieht § 5 zwar auch mit Blick auf die maßgeblich gewünschte Verzahnung

des Kirchenvorstandes und des Pfarrgemeinderat bzw. Gesamtpfarrgemeinderat / Pfarreirat eine flexible Handhabung hinsichtlich der Anzahl der entsendeten Personen („mindestens“) vor, zugleich wird die Notwendigkeit der Entsendung selbst mit der Einführung von lit. c) erstmals gesetzlich im Bereich des Vermögensverwaltungsrechts geregelt. Ebenso kommt der Regelung eine statusfestschreibende Funktion zu, als dass der oder den Person(en) die Mitgliedschaft im Kirchenvorstand zugeschrieben wird. Damit wird die Position insofern gestärkt, als dass die aus dem Pastoralgremium entsandte Person bislang lediglich als Gast mit Recht zur Meinungsäußerung angesehen wurde.¹⁰

Die Begrifflichkeit für das pastorale Gremium (Pfarrgemeinderat, Gesamtpfarrgemeinderat, Pfarreirat o. ä.) ist jeweils diözesan festzulegen.

Satz 2 berücksichtigt das Modell nach can 517 § 2 CIC. Danach ist es dem Diözesanbischof im Falle eines Priestermangels möglich, einen Diakon oder eine andere Person, die nicht die Priesterweihe empfangen hat, oder eine Gemeinschaft von Personen an der Ausübung der Hirtensorge einer Pfarrei zu beteiligen. Er hat in diesem Falle einen Priester zu bestimmen, der, mit den Vollmachten und Befugnissen eines Pfarrers ausgestattet, die Hirtensorge leitet. Obwohl dieser vor allem die seelsorglichen Aufgaben erfüllt, kommt die Mitgliedschaft im Kirchenvorstand dann dem mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestatteten Geistlichen zu und nicht der an der Wahrnehmung der Hirtensorge beteiligten Person. Im Falle der kollegialen Pfarreileitung ist zudem eine weitere Person aus der Gemeinschaft Mitglied im Kirchenvorstand, um den Geistlichen ggf. von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 normiert, dass eine ggf. bestellte Verwaltungsleitung lediglich beratend an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teilnimmt, legt aber zugleich überhaupt den Grundsatz der Teilnahme der Verwaltungsleitung an den Sitzungen fest. Nur im Einzelfall kann der Kirchenvorstand etwas anderes beschließen. Insofern finden hier auch die Regelungen über die Befangenheit entsprechende Anwendung. Der Verwaltungsleitung kommt keine organschaftliche Stellung im Kirchenvorstand zu.

Etwaige diözesanspezifische Bezeichnungen für die Verwaltungsleitungen (Beispiel Aachen: „Verwaltungskoordinatoren“) sind in den jeweiligen diözesanen Fassungen des Gesetzes zu berücksichtigen.

Zu Absatz 3:

§ 5 Absatz 3 sieht vor, dass die zu wählenden Mitglieder im Sinne von Absatz 1 Satz 1 lit. b) von den gemäß § 10 Wahlberechtigten (Mitglieder der Kirchengemeinde gemäß § 10 Abs. 1 sowie nicht in der Gemeinde wohnende Personen nach näherer Maßgabe des Abs. 3; vgl. im Übrigen die Begründung zu § 10) in einer geheimen und unmittelbaren Wahl gewählt werden, legt damit die Rahmenbedingungen für Kirchenvorstandswahl fest und verweist auf die erforderliche Wahlordnung, die das Verfahren konkretisiert.

Im Gegensatz zu § 2 Abs. 1 Nr. 3 VVG sieht der Gesetzentwurf eine Mitgliedschaft von „aufgrund besonderen Rechtstitels Berechtigten“ nicht mehr vor. Hierzu zählten insbesondere bestimmte Inhaber von Patronatsrechten. Mit dem Verzicht auf die Übernahme einer entsprechenden Regelung in das neue KVVG wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die in anderen Vermögensverwaltungsgesetzen bereits seit längerem vollzogen ist.¹¹

¹⁰ Vgl. hierzu: Beschluss der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in der 7. Vollversammlung vom 7. bis 11.5.1975, z.B. KA der Erzdiözese Paderborn 1976, Nr. 102.

¹¹ vgl. exemplarisch § 2 KVVG Nds..

Zu § 6 Vorsitz:

§ 6 befasst sich mit der Frage des Vorsitzes im Kirchenvorstand sowie den möglichen Vertretungsformen. Dabei finden universalkirchenrechtliche Vorgaben ebenso Berücksichtigung wie der Wunsch und die Notwendigkeit nach Entlastungsmöglichkeiten für den Pfarrer. Insbesondere mit Blick auf die Vertretungsmöglichkeiten ist zu beachten, dass diese allgemeinen Regelungen Anwendung auf das gesamte Gesetz finden, wenn dem Vorsitzenden bestimmte Aufgaben zukommen.

Zu Absatz 1:

Gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 hat der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute Geistliche den Vorsitz im Kirchenvorstand inne. Diese systematische Stellung des Pfarrers entspricht den universalkirchenrechtlichen Vorgaben (cc. 532 ff. CIC) und setzt die bisherige Stellung des Pfarrers als Vorsitzendem des Kirchenvorstandes fort (vgl. § 2 Absatz 1 Nr. 1 VVG). Satz 2 nimmt die Möglichkeit des Leitungsmodells nach can. 517 § 2 CIC auf. Insofern kommt der Vorsitz im Kirchenvorstand dem mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestatteten Geistlichen zu.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 befasst sich mit der Vertretung des Vorsitzenden. Um die Erfüllung der dem Vorsitzenden zukommenden Aufgaben und Obliegenheiten in Fällen seiner Abwesenheit sicherzustellen, muss mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz gewählt werden. Der stellvertretende Vorsitz kann den gewählten Mitgliedern des Kirchenvorstandes gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) zukommen, aber auch der Person, die der Pfarreileitung i.S.d. can. 517 § 2 CIC angehört.

Bei der hier vorgesehenen Form der Vertretung handelt es sich um eine Verhinderungsververtretung. Die oder der stellvertretende Vorsitzende vertritt den Vorsitzenden also nur in den Fällen seiner Verhinderung und nicht dauerhaft. Die Verhinderung des Vorsitzenden ist dabei gemäß Satz 2 jedoch nur im Innenverhältnis nachzuweisen. Die Vornahme einer Handlung ist deshalb nicht von einem Nachweis über die Verhinderung des Vorsitzenden abhängig; ausreichend ist vielmehr eine Verständigung unter den Beteiligten im Innenverhältnis. Insofern kann die Verhinderungsververtretung nach entsprechender Abstimmung der Beteiligten weiter aufgefasst werden als bislang.¹²

Zu Absatz 3:

Mit dem geschäftsführenden Vorsitz wird eine Rolle in das Gesetz eingeführt, die bislang – soweit die Möglichkeit hierzu eröffnet wurde – diözesanrechtlich in der jeweiligen Geschäftsanweisung geregelt wurde. Insofern ist es möglich, die erste stellvertretenden Vorsitzende oder den ersten stellvertretenden Vorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorsitz zu betrauen. Das Initiativrecht hierzu kommt ausschließlich dem Vorsitzenden zu („auf den Antrag des Vorsitzenden“), so dass gegen den Willen des Vorsitzenden die Bestellung einer oder eines geschäftsführenden Vorsitzenden nicht möglich ist. Ziel der Regelung ist es, den Pfarrer durch eine ständige Vertretung von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

¹² Nach bisheriger Auffassung wurde der Pfarrer als Vorsitzender von den Verwaltungsaufgaben entlastet, so oft ihm nach pflichtgemäßem Ermessen die Teilnahme an Sitzungen sowie die Wahrnehmung der damit verbundenen Obliegenheiten nicht möglich war, vgl. Emsbach, Heribert / Seeberger, Thomas: Rechte und Pflichten des Kirchenvorstandes, 12. Auflage, Köln 2018, Rn. 29.

Die Betrauung mit dem geschäftsführenden Vorsitz kann der Kirchenvorstand letztlich nicht verhindern („hat“). Er kann jedoch durch die Wahl der oder des ersten stellvertretenden Vorsitzenden unmittelbar Einfluss auf die personelle Besetzung des Amtes nehmen. Sollte der Kirchenvorstand den Beschluss zur Betrauung mit dem geschäftsführenden Vorsitz nicht fassen, greift § 23, so dass die oder der geschäftsführende Vorsitzende im Zweifel vom (Erz-)Bischöflichen Generalvikariat eingesetzt würde.

Das Amt der oder des geschäftsführenden Vorsitzenden endet mit dem Ende der Wahlperiode des Kirchenvorstandes oder mit dem Ende der Amtszeit des Vorsitzenden.

Zu Absatz 4:

In ihrer oder seiner Eigenschaft als geschäftsführende Vorsitzende oder als geschäftsführender Vorsitzender übernimmt die erste stellvertretende Vorsitzende oder der erste stellvertretende Vorsitzende den Vorsitz im Kirchenvorstand mit allen seinen Rechten und Pflichten. Dabei bleibt jedoch de jure derjenige, welchem nach Absatz 1 der Vorsitz zukommt (der Pfarrer bzw. der vom Diözesanbischof mit der Leitung der Kirchengemeinde betraute oder im Falle von can. 517 § 2 CIC der mit den pfarrlichen Vollmachten und Befugnissen ausgestattete Geistliche), Vorsitzender des Kirchenvorstandes.

Die oder der geschäftsführende Vorsitzende ist verpflichtet, den Vorsitzenden

- über alle Angelegenheiten des Kirchenvorstandes zu unterrichten,
- die Tagesordnung und die Sitzungstermine mit ihm abzustimmen und
- ihn aufgrund des Protokolls über die Beratungsergebnisse zu informieren.

Ebenso so sind im Falle von can. 517 § 2 CIC die etwaigen Mitglieder gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 zu informieren.

Grundsätzlich hat der Pfarrer bei eigener Anwesenheit in der Sitzung den Vorsitz auch dann inne, wenn ein geschäftsführender Vorsitzender oder eine geschäftsführende Vorsitzende bestellt ist. Der Vorsitz kann jedoch zu Beginn der Sitzung übertragen werden. Dennoch behält der Pfarrer als Vorsitzender auch für den Fall, dass er bei eigener Anwesenheit zu Beginn der Sitzung den Vorsitz auf die oder den stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden (geschäftsführende/-r Vorsitzende/-r) überträgt, sein Stimmrecht in der Sitzung.

Zu Absatz 5:

Im Sinne eines actus contrarius wird die Bestellung einer oder eines geschäftsführenden Vorsitzenden auf den begründeten Antrag des Vorsitzenden hin vom Kirchenvorstand zurückgenommen. Der Antrag hierauf kann ebenso von einem Mitglied im Sinne von § 5 Absatz 1 Satz 2 gestellt werden.

Zu Absatz 6:

Die Regelungen zur Bestellung einer oder eines geschäftsführenden Vorsitzenden sind auch im Rahmen des Leitungsmodells nach can. 517 § 2 CIC anwendbar.

Zu § 7 Ausschüsse:

Zur besseren Handhabung häufig auftretender Materien sieht § 7 die Bildung von Ausschüssen durch den Kirchenvorstand zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlüsse vor. Danach kann sich der Kirchenvorstand durch die Bildung eines Ausschusses jedoch nicht seiner Alleinvertretungs- und Beschlusskompetenz entziehen. Die Handlungen von Ausschüssen haben grundsätzlich vorbereitenden oder ausführenden Charakter. Nur im Rahmen von

Absatz 2 – und demnach auf Grundlage von entsprechenden Beschlüssen – kann einem Ausschuss auch die Vertretung der Kirchengemeinde übertragen werden.

Für den Fall, dass Ausschüssen gemäß Absatz 2 eine Vertretungsbefugnis zukommt, ist eine unmittelbare nominelle Rückbindung an den Kirchenvorstand erforderlich; dem Ausschuss „muss“ deshalb ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören (vgl. § 7 Absatz 2 Satz 2). Handelt es sich um sonstige Ausschüsse, denen nicht die Vertretung der Kirchengemeinde übertragen wurde, „soll“ ihm jeweils ein Mitglied des Kirchenvorstandes angehören. Dieser Differenzierung wird systematisch durch die Regelungen in zwei Absätzen Rechnung getragen.

Nach der hiesigen Regelung bedarf es für die Übertragung der Vertretungsbefugnis auf einen Ausschuss zunächst nicht der kirchenaufsichtlichen Genehmigung. Mögliche Ausführungsbestimmungen im Sinne von Absatz 3 sowie etwaige sich anderweitig ergebende Genehmigungsvorbehalte sind zu beachten.

Zu § 8 Amtszeit der Mitglieder:

§ 8 trifft Regelungen zu den Amtszeiten der Mitglieder des Kirchenvorstandes. Insgesamt bietet § 8 u.a. durch die verkürzten Amtszeiten mehr Flexibilität als die Vorgängerregelung des VVG.

Zu Absatz 1:

Die Amtszeit der gewählten Mitglieder wird im Vergleich zu den bisherigen Vorgaben des VVG auf vier Jahre verkürzt. Daneben ist das bisher bekannte rollierende System, wonach bei einer sechsjährigen Amtszeit von drei zu drei Jahren die Hälfte der Mitglieder ausscheidet, nicht weiter vorgesehen.

Durch die Einführung einer nur noch vierjährigen Amtszeit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bereitschaft zu einem langfristigen ehrenamtlichen Engagement vermehrt abnimmt. Die Beibehaltung des rollierenden Systems würde insofern aufgrund der sehr langwierigen Wahlvor- und -nachbereitungen zu einer fast dauerhaften Arbeitsbelastung der Verantwortlichen vor Ort führen.

Durch die vermehrte hauptamtliche Unterstützung des Kirchenvorstandes – etwa durch Verwaltungsleitungen (Aachen: Verwaltungskordinatoren) – sowie die Möglichkeiten einer modernen Protokollführung steht auch nicht ein Erfahrungs- und Kontinuitätsverlust in größerem Maße zu befürchten.

Da hinsichtlich der Gremiengröße eine flexible Handhabung ermöglicht wird (vgl. § 5 Absatz 1 lit. b), ist es denkbar, dass alle bisherigen Mitglieder des Kirchenvorstandes auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Amt bleiben.

Zu Absatz 2:

Die Konstituierung der Kirchenvorstände hat unverzüglich, spätestens jedoch zwei Monate nach Rechtskraft der Wahl, stattzufinden. Damit ist ein klarer zeitlicher Rahmen für die Konstituierung vorgegeben und der bisher zum Teil als zu eng angesehene Zeitraum von einem Monat erweitert worden.

Zu Absatz 3:

Zur dauerhaften Sicherung einer ordnungsgemäßen Handhabung der Amtsgeschäfte führen die Mitglieder des Kirchenvorstandes ihr Amt bis zur konstituierenden Sitzung eines neuen Kirchenvorstandes fort.

Zu Absatz 4:

Die Verkürzung oder Verlängerung von Amtszeiten kommt nur in begründeten Ausnahmefällen in Betracht. Beispielhaft werden solche im Zusammenhang mit Strukturveränderungen aufgeführt. Diese meinen in erster Linie pfarrliche Zusammenschlüsse bzw. Auflösungen, nicht jedoch geringfügige Gebietsveränderungen im Sinne von leichten Grenzkorrekturen. Unter begründeten Ausnahmefällen kann aber ebenso ein Normsetzungsverfahren, die Herbeiführung eines Gleichlaufs der Amtszeit mit einem anderen Gremium oder etwa eine Sedisvakanz verstanden werden.

Die Möglichkeit des Rücktrittes steht den Mitgliedern auch im Falle der Verlängerung ihrer Amtszeit zu.

Zu § 9 Ersatzmitglieder:

Ein Kirchenvorstand ist nur beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß besetzt ist. Vor diesem Hintergrund normiert § 9 die Verfahrensweise für den Fall der Nichtannahme des Amtes bzw. eines vorzeitiges Endes der Mitgliedschaft, bspw. durch Rücktritt.

Ein Ersatzmitglied rückt gemäß § 9 Absatz 1 „unmittelbar“, also automatisch nach. Eine Hinzuwahl im Sinne des Absatzes 2 hat unverzüglich zu erfolgen, um die Handlungsfähigkeit schnellstmöglich wieder herzustellen.

Nachrücken sowie Hinzuwahl wirken jeweils für die Dauer der restlichen Amtszeit des Kirchenvorstandes. Eine Differenzierung zwischen den jeweiligen Amtsperioden der ausgeschiedenen Mitglieder ist nicht erforderlich, da das rollierende System des bisherigen VVG keine Anwendung mehr findet.

Die Hinzuwahl ist nur statthaft, solange der Kirchenvorstand noch mindestens zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern besteht. Damit soll gewährleistet sein, dass die mehrheitliche Zusammensetzung des Kirchenvorstandes stets eine zumindest mittelbare Rückbindung an den Wählerwillen findet. Ist eine Zuwahl nicht statthaft, erfolgt eine Notverwaltung gemäß § 24 Absatz 3.

Zu § 10 Aktives Wahlrecht:

§ 10 gibt vor, welchen Personen ein aktives Wahlrecht zukommt. Das aktive Wahlrecht ist Voraussetzung für das passive Wahlrecht (vgl. § 11).

Zu Absatz 1:

Mit der positivrechtlichen Formulierung in Absatz 1 wird zunächst die bereits denklöcherliche Voraussetzung normiert, dass aktiv wahlberechtigt nur katholischen Personen („Mitglieder der Kirchengemeinde“ und „nicht den Kirchenaustritt für den weltlichen Rechtskreis erklärt hat“) sind.

Daneben wird in Abkehr zur Vorgängerregelung des § 4 Absatz 1 VVG festgeschrieben, dass das aktive Wahlrecht ausüben kann, wer am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die Vorschrift orientiert sich insofern an den entsprechenden kommunalrechtlichen Vorgaben.

In Erweiterung des bisherigen Territorialprinzips sieht auch die Neuregelung zunächst eine territoriale Rückgebundenheit in die Kirchengemeinde vor, wonach für die Ausübung des aktiven Wahlrechts der Erstwohnsitz in der Kirchengemeinde begründet sein muss (vgl. jedoch die in Absatz 3 normierte Ausnahme). Die Vorschrift konkretisiert die Vorgängerregelungen und schafft mithin Rechtssicherheit hinsichtlich der sich bislang stellenden Frage, welche An-

forderungen an die Erfüllung der territorialen Voraussetzungen zu stellen sind. Es wird demnach klargestellt, dass gerade der Erstwohnsitz in der Kirchengemeinde begründet sein muss. Im Vergleich dazu hieß es in § 4 Absatz 1 VVG, dass wahlberechtigt ist, wer „am Orte der Gemeinde“ wohnt. Diese Formulierung führte häufig zu Unsicherheiten, ob die Kirchengemeinde oder die politische Gemeinde erfasst sein sollte. Ebenso erschien bislang auslegungsbedürftig, ob die Begründung des Erstwohnsitzes erforderlich war oder unabhängig von der Meldung der Lebensmittelpunkt in der Gemeinde liegen musste. Der Begriff des Wohnsitzes richtet sich nach § 7 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB); unter dem dort allerdings nicht definierten Erstwohnsitz ist die Hauptwohnung im Sinne des § 21 Bundesmeldegesetz (BMG) zu verstehen.

In zeitlicher Hinsicht wird die Vorgängerregelung zwar ebenfalls aufgegriffen, es genügt nunmehr jedoch, den Erstwohnsitz spätestens sechs Monate vor der Wahl in der Kirchengemeinde begründet zu haben.

Eine negative Abgrenzung wird lediglich hinsichtlich derjenigen Personen vorgenommen, die aus der Kirche ausgetreten sind. Maßgeblich ist dabei der Austritt für den weltlichen Rechtskreis.

Das aktive Wahlrecht können auch Geistliche und Ordensangehörige ausüben; sie sind nicht mehr ausdrücklich hiervon ausgenommen. Anders als § 4 Absatz 3 VVG eröffnet die Neuregelung nicht mehr die Möglichkeit zum Ausschluss dieser Personengruppen vom aktiven Wahlrecht durch die jeweiligen Bischöflichen Behörden. Damit bricht das neue KVVG mit den bisherigen Regelungen der Wahlordnungen in den (Erz-)Diözesen in NRW, wonach die dem Seelsorgeklerus angehörenden Welt- und Ordensgeistlichen nicht wahlberechtigt waren.¹³ Etwas anderes gilt jedoch für das passive Wahlrecht (vgl. § 11 Absatz 4 lit. b).

Zu Absatz 3:

Absatz 3 normiert eine Ausnahme vom Territorialprinzip. Demnach kann auch zur Wahl zugelassen werden, wer seinen Erstwohnsitz nicht in der Kirchengemeinde hat und spätestens sechs Monate vor dem Wahltag seinen Erstwohnsitz in der jeweiligen (Erz-)Diözese oder in einer der an diese (Erz-)Diözese unmittelbar angrenzenden (Erz-)Diözesen begründet hat. Durch die Systematik wird das Regel-Ausnahme-Verhältnis verdeutlicht (vgl. Absatz 1 und Absatz 3). Insbesondere aus pastoraler Sicht erscheint eine Flexibilisierung zweckmäßig und wird den veränderten Strukturen und Lebensgewohnheiten gerecht¹⁴, so dass die kirchengemeindliche Gliederung gesetzgeberisch und im Rahmen der innerkirchlichen Organisationsgewalt um ein freies Element angereichert wurde. Hierfür spricht auch, dass auch mit Blick auf die für die Pastoral verantwortlichen Gremien keine feste territoriale Rückgebundenheit in die Pfarrei erforderlich ist.¹⁵

Mit der Möglichkeit, sogar in einer Kirchengemeinde in einer unmittelbar angrenzenden (Erz-)Diözese das aktive Wahlrecht auszuüben, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die diözesanen Grenzen in Nordrhein-Westfalen teils in zusammenhängenden urbanen Gebieten verlaufen.

¹³ Vgl. bspw. Artikel 1 Absatz 4 Satz 1 Wahlordnung für die Wahl der Kirchenvorstände im Erzbistum Paderborn, Diözesangesetz vom 11. Juli 1976, zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Februar 2012 (KA 2012, Nr. 36).

¹⁴ Bspw. durch den Zusammenschluss mehrerer rechtlich selbstständiger Kirchengemeinden zu größeren Seelsorgeeinheiten.

¹⁵ Vgl. bspw. § 6 Absatz 3 Statut der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Paderborn vom 30. März 2013 (KA 2013, Nr. 58), zuletzt geändert am 08. Juli 2021 (KA 2021, Nr. 102).

Das aktive Wahlrecht kann nur in jeweils einer einzigen Kirchengemeinde ausgeübt werden. Insofern wird davon ausgegangen, dass Personen zwar nicht zwangsläufig in der Kirchengemeinde, in welcher ihr Erstwohnsitz begründet ist, engagiert sind, sie jedoch immer nur in einer Kirchengemeinde „beheimatet“ sind. Ausgeschlossen sein muss demnach eine „Ämterhäufung“ (vgl. auch § 11 Absatz 2). Zum Verfahren werden Regelungen in der Wahlordnung getroffen.

Zu § 11 Passives Wahlrecht:

Mit § 11 werden die Voraussetzungen für die Ausübung des passiven Wahlrechts normiert.

Zu Absatz 1:

In Abweichung zur Vorgängervorschrift in § 5 Absatz 1 VVG sind Personen bereits mit Vollendung des 18. Lebensjahres wählbar. Mit dieser Änderung wurde eine Angleichung an vergleichbares staatliches Recht vorgenommen.

Die unter lit. a) bis c) aufgeführten Fallgruppen gelten jeweils für sich und nicht kumulativ. Hat eine Person also im Sinne von lit. b) das 75. Lebensjahr vollendet, bedarf es nicht zusätzlich des Ausschlusses von der Wählbarkeit durch bischöfliches Dekret. Bei der Prüfung ist auf den Wahltag abzustellen.

Zu Absatz 2:

Auch für das passive Wahlrecht wird die Abweichung vom Territorialprinzip ermöglicht. Die Ausführungen zu § 10 gelten entsprechend. Mit Absatz 2 wird klargestellt, dass eine „Ämterhäufung“ durch Mitgliedschaft im Kirchenvorstand in mehreren Kirchengemeinden nicht möglich ist.

Zu Absatz 3:

Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis erscheint auch aus gesetzgeberischer Sicht und vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher und innerkirchlicher Debatten sehr erstrebenswert. Insofern handelt es sich hier um einen programmatischen Appell an die zuständigen Gremien. Die Nichterreichung dieser Quote hat dennoch keine Auswirkungen auf die Gültigkeit der Wahl. Der Gesetzgeber trägt damit in erster Linie Praktikabilitätsabwägungen mit Blick auf die gegenwärtige Situation in den Kirchengemeinden Rechnung. Eine Veränderung hin zu einer obligatorischen Regelung bleibt perspektivisch nicht ausgeschlossen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt negativrechtlich, welche Personengruppen von der Ausübung des passiven Wahlrechtes ausgeschlossen sind.

lit. a):

Diese Regelung erfasst in erster Linie etwa Verwaltungsleitungen, Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten sowie Gemeindereferentinnen und Gemeindereferenten, die bei dem jeweiligen (Erz-)Bistum oder bei den (Kirchen-)Gemeindeverbänden angestellt und zum Dienst in der betroffenen Kirchengemeinde bestellt sind. Insofern werden hier entgeltliche Beschäftigungsverhältnisse ins Auge gefasst, wobei die Anstellungsträgerschaft selbst nicht erheblich ist. Deshalb betrifft die Regelung auch Personen, deren unmittelbarer Anstellungsträger die Kirchengemeinde ist (bspw. Küsterinnen und Küster, Organistinnen und Organisten, Pfarrsekretärinnen und Pfarrsekretäre). Personen, die ehrenamtliche Dienste in der Kirchengemeinde ausüben, sind davon gerade nicht erfasst (bspw. Lektorendienst). Ebenso fallen Personen aus dem handwerklichen oder freiberuflichen Bereich, die vom Kirchenvorstand

beauftragt werden, nicht in den Anwendungsbereich dieser Regelung. Hier greifen jedoch unter Umständen die Regelungen über die Befangenheit (vgl. § 19).

Im Rahmen von Satz 2 kann zudem eine detaillierte Festlegung erfolgen.

lit. b):

Geistliche sowie Ordensgeistliche sind von der Ausübung des passiven Wahlrechtes ausgeschlossen, da es sich bei dem Kirchengenossenschaftsvorstand in erster Linie um ein Laiengremium handelt. Davon erfasst sind auch Ruhestandsgeistliche. Der Ausschluss gilt jedoch nicht für sonstige Ordensangehörige.

lit. c):

Hierbei handelt es sich um eine im Zusammenhang mit lit. a) stehende Vorschrift. Es sollen insofern Personen, die unmittelbar mit der Aufsicht über die jeweilige Kirchengemeinde betraut sind, aus Gründen der Inkompatibilität von der Ausübung des passiven Wahlrechtes ausgeschlossen sein. Somit ist es dem Grunde nach weiterhin denkbar, dass sonstige im kirchlichen Dienst beschäftigte Personen sich zur Wahl stellen.

Zu § 12 Amtspflichten:

Mit § 12 erfolgen eine Einordnung des Amtes der Mitglieder im Kirchengenossenschaftsvorstand (Absatz 1) sowie eine Darstellung der Amtspflichten (Absatz 2 bis 4). In diesem Zusammenhang sind auch die cc. 1281-1288 CIC zu beachten.

Zu Abs. 1:

Absatz 1 stellt klar, dass es sich bei dem Amt des Mitgliedes im Kirchengenossenschaftsvorstand für die Mitglieder nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c), also die gewählten Mitglieder sowie die aus den Reihen des Pfarrgemeinderates bzw. Gesamtpfarrgemeinderates gewählten Personen, um ein Ehrenamt handelt.

Die jeweiligen diözesanen Regelungen und Gepflogenheiten hinsichtlich des Umgangs mit dem Ehrenamt sind insofern zu berücksichtigen.

Zu Abs. 3:

Gemäß Absatz 3 sind die Mitglieder des Kirchengenossenschaftsvorstandes grundsätzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Vorschrift ist im Zusammenspiel mit § 16 Absatz 1 zu verstehen. Demnach besteht für alle Beratungsgegenstände, die nach § 16 nichtöffentlich zu behandeln sind, die Verschwiegenheitspflicht. Der Kirchengenossenschaftsvorstand muss sich deshalb im Einzelfall mit der Frage der Öffentlichkeit und damit einhergehend der Verschwiegenheitspflicht zu den jeweiligen Beratungsgegenständen befassen und eine Entscheidung treffen.

Die Verpflichtung auf die Einhaltung der einschlägigen Datenschutzregelungen hat lediglich klarstellende Wirkung, da sich die Verpflichtung bereits aus den entsprechenden Regelungen selbst ergibt. Sie muss durch schriftliche Erklärung erfolgen; die in einigen Geschäftsanweisungen bisher vorgesehene „Verpflichtung durch Handschlag“ entfällt damit.

Zu Abs. 4:

Hierbei handelt es sich um eine rein deklaratorische Regelung. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieser Thematik erfolgt in Satz 2 zudem ein Hinweis auf die kirchlichen Bestimmungen zum Umgang mit Fällen sexuellen Missbrauchs und zur Prävention gegen sexualisierte Gewalt. Dieser Hinweis hat programmatischen Charakter, da im verfassten kirchlichen Bereich die Bischöflichen Gesetze ohnehin unmittelbare Wirkung entfalten.

§ 13 Verlust des Amtes:

Der Verlust des Amtes eines Kirchenvorstandsmitgliedes erfolgt bei Vorliegen einer der in Absatz 1 lit. a) bis e) aufgeführten Voraussetzungen unmittelbar.

Absatz 1 lit. a) stellt klar, dass bei Verlust der Voraussetzungen für das passive Wahlrecht (§ 11) ein Kirchenvorstandsmitglied sein Amt während der laufenden Amtszeit nur verliert, wenn es im Sinne von § 11 Absatz 1 lit. c) durch Bischöfliches Dekret von der Wählbarkeit ausgeschlossen wurde. Der Verlust der übrigen Wahlvoraussetzungen nach § 11 während der laufenden Amtsperiode, wie beispielsweise das Überschreiten der Altersgrenze, führt nicht zum unmittelbaren Amtsverlust.

Im Falle von Absatz 1 lit. b) greift in letzter Konsequenz, wenn also die Wahl als ganze ungültig ist, § 24 Absatz 3; der Ortsordinarius bestellt in diesem Fall übergangsweise eine Vermögensverwaltung.

Unter Absatz 1 lit. c) fällt beispielsweise die Konstellation, dass ein Wahlergebnis aufgrund eines Fehlers bei der Stimmauszählung zu berichtigen war.

Mit der Regelung in Absatz 1 lit. e) wird in Abkehr zur bisherigen Handhabung (vgl. § 6 Absatz 3 Satz 1 VV) eine unkomplizierte Amtsniederlegung ohne Anerkennungs- oder Mitwirkungsakt des Kirchenvorstandes ermöglicht. Bezüglich des Zeitpunktes des Zuganges sind die für einseitige Willenserklärungen geltenden Grundsätze heranzuziehen.

§ 14 Amtsenthebung:

§ 14 regelt die Möglichkeit der Amtsenthebung. Dabei handelt es sich jeweils um eine Einzelfallentscheidung bezogen auf ein bestimmtes Kirchenvorstandsmitglied. Die Möglichkeit der Auflösung des gesamten Kirchenvorstandes regelt § 24.

Absätze 1 und 2 unterscheiden zwischen den beiden möglichen Vorgehensweisen, wobei im Ergebnis jeweils das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat für die Amtsenthebung zuständig ist. Eine Anhörungspflicht ist in Absatz 3 vorgesehen.

Sowohl gemäß Absatz 1 als auch gemäß Absatz 2 setzt die Amtsenthebung das Vorliegen einer groben Pflichtwidrigkeit oder eines anderen schwerwiegenden Grundes voraus. Der unbestimmte Rechtsbegriff der „groben Pflichtwidrigkeit“ bezieht sich auf die in § 12 normierten Amtspflichten. Vom Vorliegen eines „anderen schwerwiegenden Grundes“ ist etwa auszugehen, wenn persönliche Gründe eine Amtsenthebung zwingend und unabweisbar notwendig erscheinen lassen, z.B. im Falle einschlägiger strafrechtlicher Verurteilungen.

Zu Absatz 1:

Aufgrund seiner systematischen Stellung kommt dem Kirchenvorstand im Rahmen des Absatzes 1 ein im Vergleich zur Vorgängerregelung (§ 7 VVG) gestärktes Initiativrecht zu. Somit ist nunmehr eine verfahrensrechtliche Möglichkeit geschaffen, die eine Entscheidung des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates über eine Amtsenthebung erzwingt. Für einen entsprechenden Antrag auf Amtsenthebung bedarf es eines Mehrheitsbeschlusses. Das betroffene Kirchenvorstandsmitglied soll vorab durch den Kirchenvorstand angehört werden. Wird die Anhörung durch den Kirchenvorstand nicht vorgenommen, obliegt es dem (Erz-)Bischöflichen Generalvikariat, im Rahmen seiner Entscheidung die insofern eingeschränkte Ermessensentscheidung des Kirchenvorstandes zu überprüfen.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 sieht mit Blick auf die Amtsenthebung ein Initiativrecht des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates vor. Sowohl der Kirchenvorstand als auch das betroffene Mitglied sind anzuhören (vgl. Absatz 3).

Zu Absatz 3:

Die Regelung des Absatzes 3 betreffend die Anhörungspflichten gilt sowohl für die Amtsenthebung nach Absatz 1 als auch nach Absatz 2. Betrifft die Amtsenthebung ein Mitglied im Sinne von § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. c), muss neben dem betroffenen Kirchenvorstandsmitglied und ggf. dem Kirchenvorstand auch das pastorale Gremium angehört werden.

§ 15 Einberufung und Sitzungen des Kirchenvorstandes:

§ 15 regelt die Einladungs- und Sitzungsmodalitäten für den Kirchenvorstand. Dem Vorsitzenden kommen dabei diverse Aufgaben zu, welche bei Bestelltsein einer oder eines geschäftsführenden Vorsitzenden auch von dieser oder diesem erfüllt werden können. Insbesondere was Form und Frist der Einladung angeht, erfolgen wesentliche und erforderliche Erleichterungen im Vergleich zu den Vorgängerregelungen.

Zu Absatz 1:

Gemäß Absatz 1 obliegt es dem Vorsitzenden, den Kirchenvorstand einzuberufen. Da nicht allgemeingültig festgestellt werden kann, wie oft dies erforderlich ist, gilt als Maßstab die ordnungsgemäße Erledigung der Geschäfte. Grundsätzlich fällt die Entscheidung darüber in das Ermessen des Vorsitzenden. Satz 2 legt jedoch als äußerstes Minimum drei Sitzungen pro Jahr fest.

Zu Absatz 2:

In Ergänzung zu Absatz 1 regelt Absatz 2, dass der Vorsitzende den Kirchenvorstand einzuberufen hat, wenn dies das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat oder ein Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes verlangen.

Zu Absatz 3:

Mit Satz 1 wird die Ladungsfrist im Vergleich zur Vorgängervorschrift verlängert. Statt wie bisher gemäß § 12 VVG am Tage vor der Sitzung, muss die Ladung nunmehr spätestens eine Woche vor der Sitzung erfolgen. So ist gewährleistet, dass den Mitgliedern eine ausreichende Vorbereitungszeit bleibt.

Mit Satz 2 erfolgt eine Veränderung der bisherigen Formvorschrift hinsichtlich der Ladung zur Kirchenvorstandssitzung. Neben der Schriftform ist nunmehr auch die Textform hierbei zulässig, so dass beispielsweise Einladungen per einfacher E-Mail denkbar sind. Mit Blick auf die Einladungsmodalitäten sollten sich die Kirchenvorstandsmitglieder vor Ort abstimmen, u. U. sind individuelle Absprachen zu treffen.

Satz 3 berücksichtigt die mögliche Öffentlichkeit der Sitzung (vgl. § 16) und regelt insofern aus Gründen der Transparenz die öffentliche Bekanntmachung der Ladung und der Tagesordnung auf ortsübliche Weise. So wird sichergestellt, dass die Kirchengemeinde über anstehende Beratungen des Kirchenvorstandes informiert ist. Über die Form der öffentlichen Bekanntgabe befindet der Kirchenvorstand. Der Datenschutz ist dabei zu beachten. Insbesondere darf aus der Tagesordnung nicht auf schutzwürdige Belange der Betroffenen geschlossen werden können.

Zu Absatz 4:

In Fällen der Eilbedürftigkeit kann die Ladungsfrist in Ergänzung zu Absatz 3 Satz 1 auf 48 Stunden verkürzt werden (Satz 1). Grundsätzlich entscheidet der Vorsitzende über das Vorliegen von Eilbedürftigkeit (Satz 2). Dem Kirchenvorstand kommt jedoch gemäß Satz 3 eine Mitwirkungsmöglichkeit in Form eines Initiativrechts zu, so dass ein entsprechender Antrag von einem Drittel der Mitglieder vom Vorsitzenden nur aus wichtigem Grund zurückgewiesen werden kann.

Zu Absatz 5:

In Fortführung der bisherigen Regelung des Artikels 1 Satz 1 der Geschäftsanweisung werden in Absatz 5 die Aufgaben des Vorsitzenden mit Blick auf die Einberufung von Sitzungen normiert.

Zu Absatz 7:

Durch die Regelung wird die operative Zusammenarbeit mehrerer Kirchenvorstände ermöglicht. Damit kann auch bei Nichtöffentlichkeit der Sitzungen (§ 16) eine gemeinsame Beratung erfolgen. Zeitliche und räumliche Ressourcen können dadurch besser aufeinander abgestimmt und optimiert werden. Mit Absatz 7 wird beispielsweise das koordinierte Zusammenwirken von selbstständigen Kirchengemeinden auf Ebene einer pastoralen Einheit berücksichtigt. Da es sich jedoch nach wie vor um die Vertretungsorgane unterschiedlicher Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt, muss die Beschlussfassung formal getrennt erfolgen und protokolliert werden.

Zu § 16 Öffentlichkeit:

Mit § 16 wird nunmehr für die bislang im VVG nicht geregelte Frage der Öffentlichkeit von Sitzungen Klarheit geschaffen. Dem Grunde nach sind Sitzungen demnach nichtöffentlich, wobei der Kirchenvorstand im Einzelfall die Öffentlichkeit beschließen kann. Absatz 2 enthält Regelbeispiele für zwingend nichtöffentlich zu behandelnde Beratungsgegenstände.

Durch die Vorgaben von § 16 muss sich der Kirchenvorstand mit der Frage der Öffentlichkeit einer Sitzung gezielt und im Einzelfall auseinandersetzen. Es kommt dabei entscheidend auf die Art der Beratungsgegenstände an. Durch die Möglichkeit der Öffentlichkeit kann in bestimmten Bereichen für mehr Transparenz gesorgt werden.

Unter Vergabeangelegenheiten im Sinne von § 16 Absatz 2 Nr. 2 sind alle Aufträge zu verstehen, die der Kirchenvorstand für die Kirchengemeinde oder die von ihm vertretenen Vermögensmassen in der Kirchengemeinde vergibt.

§ 16 Absatz 2 Nr. 5 betrifft sonstige Angelegenheiten, die der Natur der Sache nach vertraulich zu behandeln sind. Die Sach- und Interessenlage muss dabei hinsichtlich des Schutzgedankens mit dem Niveau von Nr. 1 bis 4 vergleichbar sein. Das wäre z. B. der Fall, wenn die Herstellung von Öffentlichkeit für die betroffenen Personen oder die Kirchengemeinde im Einzelfall von erheblichem Nachteil wäre. Dem Grundgedanken der Transparenz kirchlichen Handelns ist stets angemessen Rechnung zu tragen.

Zu § 17 Beschlussfähigkeit; Beschlussfassung:

In Anlehnung an § 13 VVG regelt § 17, wann die Beschlussfähigkeit des Kirchenvorstandes gegeben ist (Absatz 1) und wie die Beschlussfassung erfolgt (Absätze 2 und 3).

Zu Absatz 1:

Nach § 17 Absatz 1 Satz 1 ist der Kirchenvorstand beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder nach § 5 Absatz 1 Satz 1 lit. b) und c) anwesend ist. Für die Beschlussfähigkeit

kommt es demnach auf die Anwesenheit der gewählten Mitglieder sowie der vom pastoralen Gremium gewählten Personen an. Die anderen Mitglieder sind bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht zu berücksichtigen. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, können keine wirksamen Beschlüsse gefasst werden. Dann kann allerdings gemäß Satz 2 mit der gleichen Tagesordnung erneut eingeladen werden. Wurde in der Ladung darauf hingewiesen, ist der Kirchenvorstand in dieser Sitzung stets beschlussfähig. Dass eine „vorsorgliche Zweiteinladung“ nicht zulässig ist, ergibt sich aus Satz 3, wonach eine erneute Einladung zur Sitzung frühestens am Tag nach der Sitzung, zu welcher zuerst geladen wurde, erfolgen darf.

Zu Absatz 2:

Zur Beschlussfassung bedarf es der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Satz 1). Dieser Grundsatz gilt, wenn nicht das Gesetz etwas anderes vorschreibt. Hier wäre beispielsweise an die in § 18 Absatz 2 vorgesehene Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder zu denken.

Da die Stimmgleichheit gemäß Satz 2 als Ablehnung anzusehen ist, bedarf es in Abkehr zur bisherigen Regelung nach § 13 Absatz 2 Satz 2 VVG nicht mehr der Entscheidung durch den Vorsitzenden oder bei Wahlen des Loses. Mit Satz 3 wird klargestellt, dass Stimmenthaltungen als nichtabgegebene Stimme zu werten sind.

Zu Absatz 3:

Gesonderte Vorgaben werden zu Wahlen getroffen. Zum einen ist hier auf Antrag geheim abzustimmen. Eine gesonderte Vorgehensweise ist zudem für den Fall der Stimmgleichheit vorgesehen, wonach zunächst eine Stichwahl vorzunehmen ist. Wenn auch diese zur Stimmgleichheit führt, entscheidet schließlich das Los.

Zu § 18 Besondere Sitzungs- und Beschlussformate:

§ 18 sieht die Möglichkeit von besonderen Sitzungs- und Beschlussformaten vor und regelt die diesen zugrundeliegenden Modalitäten. Unter den hier normierten Voraussetzungen kann so ein erleichterter Arbeitsmodus eingerichtet werden. Bei den besonderen Sitzungs- und Beschlussformaten handelt es sich jeweils um Substitute für die regulären Kirchenvorstandssitzungen im Sinne von § 15, welche in Präsenz stattfinden. Zwischen § 15 und § 18 besteht ein Regel-Ausnahme-Verhältnis. Besondere Sitzungs- und Beschlussformate sind insofern nur im Ausnahmefall, wenn zwei Drittel der Mitglieder hiermit einverstanden sind sowie in einfach gelagerten Fällen, denkbar. Diese Voraussetzungen gelten nicht kumulativ.

Zu Absatz 1:

Unter besonderen Sitzungs- und Beschlussformaten sind gemäß lit. a) virtuelle Sitzungen zu verstehen, die auch in hybrider Form durchgeführt werden können, indem nur einige der Mitglieder das virtuelle Sitzungsformat nutzen, während sich andere Mitglieder in einer Präsenzsitzung zusammenfinden, zu welcher dann hinzugeschaltet wird. Beispielshaft werden als Formen der virtuellen Sitzungen Telefon-, Web- oder Videokonferenzen genannt.

Daneben sieht lit. b) als besondere Beschlussformate Stern- oder Umlaufverfahren vor. Damit weicht das Gesetz vom bislang dem VVG zugrundeliegenden Anwesenheitsgrundsatz ab, nach welchem es zwingend erforderlich war, dass ein unmittelbarer Austausch zu den Beratungsgegenständen stattfinden konnte, weshalb diese Art der Beschlussfassung nicht zulässig war. Die Unterscheidung zwischen Stern- und Umlaufverfahren ist unter anderem aus dem Vereinsrecht bekannt, wo im Zuge der Corona-Gesetzgebung Abhilfe geschaffen

wurde. Dabei werden im Rahmen eines Umlaufverfahrens die Beschlussvorlagen nacheinander von den Mitgliedern unterzeichnet. Im Sternverfahren werden alle Mitglieder zugleich mit der Bitte um Rückäußerung angeschrieben.

Da der Anwesenheitsgrundsatz und die damit verbundene Möglichkeit der direkten und persönlichen Beratung der Mitglieder untereinander ein hohes Gut ist, sind besondere Sitzungs- und Beschlussformate nur im Ausnahmefall zulässig. Grundsätzlich gelten die in § 15 normierten Sitzungsmodalitäten. Einen Ausnahmefall bildet gemäß Absatz 1 beispielsweise die Eilbedürftigkeit, wobei weitere Fallgruppen denkbar sind.

Grundsätzlich befindet über das Vorliegen eines Ausnahmefalls und die damit einhergehende Zulässigkeit eines besonderen Sitzungs- und Beschlussformates der Vorsitzenden (Satz 2). Den Mitgliedern des Kirchenvorstandes kommt jedoch gemäß Satz 3 ein Initiativrecht zu.

Absatz 2:

Denkbar sind in der Praxis auch einfachgelagerte, wiederkehrende Fälle, für welche generell keine vorherige Beratung in einer Präsenzsitzung erforderlich ist und die grundsätzlich in einem besonderen Sitzungs- und Beschlussformat behandelt werden können. Dafür bedarf es der vorherigen Festlegung durch den Kirchenvorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder nach § 5 Absatz 1. Eine bloße Anlehnung an die genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte ginge dabei jedoch zu weit.

Zu Absatz 3:

Bei Wahlen sind Stern- oder Umlaufverfahren nicht zulässig. Dies betrifft vor allem § 6 Absatz 2 und § 6 Absatz 3.

Zu Absatz 4:

Wichtig im Hinblick auf die Beschlussfassung im Stern- oder Umlaufverfahren ist, dass keine Beschlussfiktion eintritt. Ein Antrag gilt nicht als angenommen, wenn innerhalb einer bestimmten Frist kein Mitglied widerspricht. Vielmehr ist gemäß Satz 2 eine Frist zur Rückäußerung zu setzen, wobei eine nicht fristgerechte Rückmeldung als Ablehnung gilt. Damit soll insbesondere verhindert werden, dass Zustimmungen durch versehentlich nicht innerhalb der Frist abgegebene Voten zustande kommen.

Absatz 5:

Da das Abstimmungsergebnis im Rahmen von besonderen Sitzungs- und Beschlussformaten u. U. anders als im Rahmen von Präsenzsitzungen nicht für die Mitglieder sichtbar wird, muss neben dem Beschluss selbst auch das Abstimmungsergebnis in der nächsten Sitzung bekannt gegeben und in das Sitzungsbuch eingetragen werden.

Zu § 19 Befangenheit:

Mit § 19 werden die Regelungen zur Befangenheit im Vergleich zur bisherigen Vorgabe des VVG (§ 13 Absatz 3) weiter gefasst. Das KVVG orientiert sich dabei an den Ausschließungs- und Ablehnungsgründen der Abgabenordnung (AO). Ebenso werden die Auswirkungen der Beteiligung einer befangenen Person definiert.

Zu Absatz 1:

Besteht die Besorgnis der Befangenheit, kann ein Mitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen. Mit Absatz 1 wird die bislang sehr enge Vorschrift des VVG abgelöst. Den Maßstab für die Bestimmung der Befangenheitsgründe bilden nunmehr die entsprechenden Vorschriften der Abgabenordnung. Ein solcher Verweis ist in einigen (Erz-)Diözesen aus anderen diözesanen Regelungen bekannt¹⁶ und birgt den Vorteil, dass einschlägige Rechtsprechung zur Auslegung herangezogen werden kann. Erfasst werden nunmehr beispielsweise auch Angehörige einer beteiligten Person. Das sind gemäß § 15 Absatz 1 AO der Verlobte, der Ehegatte oder Lebenspartner, Verwandte und Verschwägte gerader Linie, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten oder Lebenspartner der Geschwister und Geschwister der Ehegatten oder Lebenspartner, Geschwister der Eltern und Personen, die durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kind miteinander verbunden sind (Pflegeeltern und Pflegekinder).

Befangene Personen dürfen nicht nur nicht am eigentlichen Abstimmungsakt teilnehmen, auch die Beratungen hierzu müssen unbeeinflusst – also ohne das befangene Mitglied – stattfinden.

Über das Vorliegen der Befangenheit entscheidet der Kirchenvorstand. Das betroffene Mitglied ist vorab zu hören, jedoch nicht an der eigentlichen Entscheidung beteiligt.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 regelt, welche Konsequenz die Mitwirkung eines befangenen Mitgliedes an einem Beschluss nach sich zieht, wenn diese für die Beschlussfassung entscheidend war. Diese führt auch mit Blick auf das öffentliche Interesse an Rechtssicherheit im Ergebnis gerade nicht zu einer schwebenden Unwirksamkeit des Beschlusses. Letztlich betrifft die Beteiligung einer befangenen Person nur die interne Willensbildung (Beschlussfassung), nicht jedoch die Außenwirkung eines wirksam vollzogenen Rechtsgeschäfts. Unabhängig von dieser Wertung muss der interne Umgang mit der Beteiligung einer befangenen Person an einer Beschlussfassung hinterfragt werden. Ggf. kann eine solche Haftungsfragen nach sich ziehen. Ebenso steht dem (Erz-)Bischöflichen Generalvikariat die Beanstandung der Beschlussfassung innerhalb von vier Wochen zu. In dem Fall darf ein Beschluss gemäß § 23 Absatz 1 Satz 2 nicht vollzogen werden, bereits getroffene Maßnahmen müssen auf Verlangen rückgängig gemacht werden.

Zu § 20 Protokoll:

In Fortführung der bisherigen Vorschriften werden die Beschlüsse des Kirchenvorstandes protokolliert (Absätze 1- 3). Die Bekundung ist gemäß Absatz 4 vorgesehen. Regelungen zum Amtssiegel finden sich in Absatz 5. Die hier normierten Aufgaben des Vorsitzenden können im Rahmen der Vertretungsregelungen von anderen Personen ausgeführt werden. Generell kommt hierfür eine etwaige geschäftsführende Vorsitzende oder ein etwaiger geschäftsführender Vorsitzender in Betracht. Im Rahmen der Abwesenheitsvertretung ist aber auch eine Vornahme durch die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden denkbar. Die Grundsätze über die Protokollierung gelten gemäß § 18 Absatz 5 auch für die besonderen Sitzungs- und Beschlussformate.

Zu Absatz 1 - 3:

¹⁶ Bspw. § 10 Absatz 3 Satz 3 Ordnung für die im Bereich der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Erzdiözese Köln tätigen Organe.

Absatz 1 normiert den Grundsatz, dass die Beschlüsse des Kirchenvorstandes während der Sitzung unter Angabe des Tages und des Ortes, der Anwesenden und des Abstimmungsergebnisses zu protokollieren sind. Bei diesem Protokoll handelt es sich letztlich um das bekannte Sitzungsbuch. Die Begrifflichkeiten wurden bislang synonym verwandt. Unter den Anwesenden in diesem Sinne sind nicht nur die stimmberechtigten Mitglieder des Kirchenvorstandes zu verstehen, sondern auch mögliche Gäste, Sachverständige o. ä. Ebenso wäre ggf. „die Öffentlichkeit“ im Sinne von § 16 zu vermerken.

Absatz 2 und Absatz 3 unterscheiden zwischen der elektronischen sowie der nichtelektronischen Protokollführung. An der Verlesung des Protokolls wird gemäß Absatz 3 festgehalten, da andernfalls spätere Einwendungen zu befürchten sind. Das Protokoll (Absatz 2) bzw. ein in der Sitzung zu fertigender Ausdruck ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied unter Beidrückung des Amtssiegels zu unterzeichnen und gemäß Absatz 3 in einem fortlaufend nummerierten Sitzungsordner abzulegen. Nur wenn bei der elektronischen Protokollführung eine revisionssichere Ablage sichergestellt ist, bedarf es dieser Form nicht, so dass ein rein elektronisches Protokoll genügt. Ist das nicht der Fall bietet es sich also an, den Beschlusstext im Vorfeld zur Sitzung vorzubereiten und ggf. handschriftlich anzupassen, um ihn in der Sitzung zu unterzeichnen.

Zu Absatz 4:

In Fortführung von § 14 Satz 1 VVG werden die Beschlüsse durch Auszüge aus dem Sitzungsbuch bekundet, welche der Vorsitzende oder die Verwaltungsleitung unter Beidrückung des Amtssiegels beglaubigt. Insofern werden die Beschlüsse wortgetreu wiedergegeben. Die Richtigkeit und Vollständigkeit werden durch Beglaubigungsvermerk und Beidrückung des Amtssiegels bekundet.

Mit Blick auf die Verwaltungsleitung handelt es sich vorliegend um einen im Sinne der Verwaltungsvereinfachung gesetzlich geregelten Ausnahmefall, in welchem die Befugnis zur Siegelführung eingeräumt wird. Die Organstellung des Kirchenvorstandes wird dadurch nicht berührt und auch keine allgemeine Siegelführungsbefugnis der Verwaltungsleitung begründet.

Zu Absatz 5:

Bereits in den Absätzen 2 bis 4 wird formal die Beidrückung des Amtssiegels zur Protokollierung und Bekundung der Beschlüsse vorgeschrieben. Absatz 5 nimmt nun die jeweilige diözesane Siegelordnung in Bezug. Insofern ergibt sich die Notwendigkeit zur Führung eines Amtssiegels schon aus kontinuieritätswahrenden Gründen in Fortführung von §§ 13 Absatz 4, 14 VVG. Regelungsgedanke dabei ist auch, eine rechtssichere Handhabung der rechtsgeschäftlichen Vertretung der Kirchengemeinde sicherzustellen (vgl. insofern auch § 21). Mit dem Amtssiegel ist das Kirchenvorstandssiegel bzw. das Siegel der Kirchengemeinde gemeint, welches der Kirchenvorstand als Organ zur Vertretung der Kirchengemeinde verwendet. Das Amtssiegel ist vom Pfarrsiegel im Sinne des can. 535 § 3 CIC zu unterscheiden.

Die Möglichkeit zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die elektronische Siegelführung wird eröffnet. Diese wäre in diözesanspezifischen Regelungen zu treffen.

Zu § 21 Vertretung der Kirchengemeinde:

Der Kirchenvorstand vertritt gemäß § 4 Absatz 1 die Kirchengemeinde und ihr Vermögen (§ 2 Absatz 1 lit. a)) sowie das Vermögen in der Kirchengemeinde (§ 2 Absatz 1 lit. b)). Im Rahmen dieser organschaftlichen Vertretung muss er auch rechtsverbindliche Willenserklärungen ab-

geben können. Die Modalitäten hierfür regelt § 21. Absatz 1 steht dabei in einem Regel-Ausnahme-Verhältnis zu den Absätzen 2 und 3. Abzugrenzen von dieser organschaftlichen Vertretung ist die Möglichkeit der Bevollmächtigung (vgl. Absätze 4 und 5).

Die Anordnungsbefugnis ist in den jeweiligen Haushaltsordnungen bzw. Kassenanweisungen oder sonstigen diözesanen Vorschriften geregelt.

Zu Absatz 1:

In kontinuierlichwahrer Form (vgl. § 14 VVG) sind Willenserklärungen des Kirchenvorstandes nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Vorsitzenden oder einer Person, die mit dem stellvertretenden Vorsitz betraut ist, und einem weiteren Mitglied schriftlich unter Beidrückung des Amtssiegels abgegeben werden. Der Vorschrift kommt vor allem eine Sicherungsfunktion zu, die gewohnheitsrechtlich erprobt und Teil einer langjährigen Verwaltungspraxis sowohl im staatlichen als auch im kirchlichen Bereich ist. Insofern wird zum einen die Wirksamkeit einer Willenserklärung für den weltlichen Rechtsverkehr festgestellt und zum anderen das ordnungsgemäße Zustandekommen des der Willenserklärung zugrundeliegenden Beschlusses fingiert. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung bedarf es allerdings nur noch der Unterschrift zweier Kirchenvorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der/die stellvertretende Vorsitzende. Erfasst sind hiervon alle Willenserklärungen und nicht nur solche, die zwingend der Schriftform bedürfen.

Zu Absatz 3:

Mit den „Geschäften der laufenden Verwaltung“ wird ein unbestimmter Rechtsbegriff eingeführt, der insbesondere aus dem kommunalrechtlichen Bereich bekannt ist. Die diesen Begriff konkretisierende Rechtsprechung findet entsprechende Anwendung. Der Begriff ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der „ordentlichen Verwaltung“ im Sinne des CIC, welcher dem Ergebnis nach weiter gefasst ist.

Bei Vornahme der entsprechenden Rechtsgeschäfte greifen die Formvorschriften des Absatzes 1 nicht, der Vorsitzende führt diese aus; er kann jedoch auch die Entscheidung des Kirchenvorstandes herbeiführen, welcher sich seinerseits die Entscheidung vorbehalten kann.

Im Rahmen einer diözesanen Ausführungsbestimmung (Satz 3) kann auch aus Gründen der Rechtssicherheit konkreter definiert werden, für welche Fallgruppen die hier normierte Ausnahme gilt. Dies erscheint vor dem Hintergrund, dass andernfalls die Gefahr der Aushöhlung der kirchlichen Formvorschriften besteht, zweckmäßig. Zudem muss für den Rechtsverkehr klar erkennbar sein, für welche Rechtsgeschäfte die kirchlichen Formvorschriften nicht gelten.

Zu Absatz 4:

Daneben kann der Kirchenvorstand ein Kirchenvorstandsmitglied, die Verwaltungsleitung, einen Ausschuss oder einen Dritten mit der Wahrnehmung von Geschäften der laufenden Verwaltung beauftragen.

Zu Absatz 5:

Neben der organschaftlichen Vertretung der Kirchengemeinde ist eine rechtsgeschäftliche Vertretung durch Vollmachtserteilung denkbar. In Betracht kommen ausschließlich Spezial- und Gattungsvollmachten, nicht jedoch Generalvollmachten. Eine Spezialvollmacht bezieht sich auf ein konkretes und genau umschriebenes Rechtsgeschäft, beispielsweise den Abschluss eines bestimmten Vertrages. Eine Gattungsvollmacht umfasst einen näher beschriebenen Kreis von Rechtsgeschäften, beispielsweise die Vornahme der laufenden Friedhofsverwaltung.

Aus Absatz 5 ergibt sich, dass der Verwaltungsleitung gerade keine organschaftliche Vertretung der Kirchengemeinde zukommt – die Möglichkeit der Bevollmächtigung wäre andernfalls entbehrlich.

Zu § 22 Genehmigungsvorbehalte:

Bei der Verwaltung und Vertretung des örtlichen Kirchenvermögens sind die Bestimmungen des allgemeinen und des partikularen Kirchenrechts zu beachten. Vorgaben finden sich zudem im diözesanen Recht. Die Einhaltung wird etwa im Rahmen der Erteilung einer kirchenaufsichtlichen Genehmigung geprüft. Die Geschäftsanweisung bestimmt in Fortführung der bisherigen Systematik, in welchen Fällen eine solche erforderlich ist.

Dies gilt klarstellend und mit Blick auf die jeweilige Genehmigungspraxis in den (Erz-)Bischöflichen Generalvikariaten für Beschlüsse, Rechtsgeschäfte und Rechtsakte.

Zu § 23 Aufsichtsrechte des (Erz-)Bischöflichen Generalvikariates:

Absatz 2 Satz 3 erfordert eine ermessenfehlerfreie Entscheidung durch das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat hinsichtlich der Erforderlichkeit einer Ersatzvornahme. Eine Handlungsverpflichtung besteht für das (Erz-)Bischöfliche Generalvikariat insofern nur bei einer Ermessensreduzierung auf Null. Erfasst sind hiervon tatsächliche Notfälle, etwa bei der Einsturzgefahr eines Gebäudes.

Zu § 24 Auflösung; Vermögensverwaltung:

§ 24 regelt, aus welchen Gründen ein Kirchenvorstand aufgelöst werden kann (Absätze 1 und 2) und unter welchen Voraussetzungen eine Vermögensverwaltung bestellt wird.

Neben einer Auflösung des Kirchenvorstandes wegen wiederholter oder grober Verletzung seiner Pflichten, kann der Kirchenvorstand nunmehr auch im Falle von Gebietsveränderungen innerhalb der Wahlperiode aufgelöst werden. Dies kann sich vor allem im Zuge von pfarrlichen Um- und Neubildungen als pastoral wünschenswert erweisen.

Im Hinblick auf die Bestellung einer Vermögensverwaltung konkretisiert Absatz 2 Satz 1 im Rahmen einer nichtabschließenden Aufzählung, wann ein Kirchenvorstand nicht vorhanden ist, so dass die Vermögensverwaltung durch Bestellung sichergestellt werden muss. Neben dem Pfarrer als Einzelperson kommt für die Vermögensverwaltung auch eine Personengemeinschaft in Betracht. Das kann beispielsweise ein rudimentärer Kirchenvorstand sein. In diesem Fall ist der Pfarrer ebenfalls Vorsitzender des vermögensverwaltenden Gremiums.

Zum 3. Abschnitt - (Kirchen-)Gemeindeverbände:

Bei den (Kirchen-)Gemeindeverbänden handelt es sich in Fortführung der §§ 22 ff. VVG um einen Zusammenschluss von Kirchengemeinden. Der (Kirchen-)Gemeindeverband ist eine selbstständige juristische Person und Körperschaft des öffentlichen Rechts (vgl. hierzu § 3). Er tritt neben die Kirchengemeinden.

Den (Kirchen-)Gemeindeverbänden kommt die Aufgabe zu, gewisse Angelegenheiten der zugehörigen und weiterhin selbstständigen Kirchengemeinden zu besorgen.

Künftig ist die Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf unterschiedliche Initiative hin denkbar. So kann neben der Errichtung auf Initiative der Kirchengemeinden hin (§ 25) auch eine Errichtung auf Initiative der Diözese (§ 26) erfolgen. Im Übrigen unterscheiden sich die (Kirchen-)Gemeindeverbände im Sinne von §§ 25 und 26 nicht voneinander. In beiden Fällen obliegt die Bildung bzw. Errichtung dem Diözesanbischof.

Um den jeweiligen diözesanen Bedürfnissen und Gepflogenheiten gerecht zu werden, bilden die §§ 25 ff. einen rechtlichen Rahmen, welcher durch diözesane Regelungen konkretisiert werden kann.

Zu § 25 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf Initiative der Kirchengemeinden:

Die Errichtung auf Initiative der Kirchengemeinden entspricht letztlich dem aus dem VVG bekannten Vorgehen zur Bildung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden. Es bedarf der Zustimmung der beteiligten Kirchengemeinden. Für die erforderliche Zustimmung zur Bildung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden stellte das VVG bislang auf die Seelenzahlen der zustimmenden Kirchengemeinden ab. Nunmehr ist für das Erreichen des Quorums zur Anordnung des Beitritts aller Kirchengemeinden der Beitritt der Hälfte der vom Zweck betroffenen Kirchengemeinden erforderlich.

Zu § 26 Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative:

Die Möglichkeit einer Errichtung von (Kirchen-)Gemeindeverbänden auf diözesane Initiative kannte das kirchliche Vermögensverwaltungsrecht in Nordrhein-Westfalen bislang nicht. Letztlich bietet diese Neukonzeption einen größeren Handlungsspielraum als die Vorgängerregelungen. Es handelt sich dabei nicht zuletzt um eine Möglichkeit eines Anschluss- und Benutzungszwanges für eventuelle Bedarfsfälle.

Systematisch stehen die §§ 25 und 26 in einem Ausschließlichkeitsverhältnis. Es ist demnach nicht beabsichtigt, beim Scheitern einer gemeindeinitiativen Errichtung den Weg einer diözesaninitiativen Errichtung zu wählen.

Zu § 27 Ausscheiden; Auflösung:

Für das Ausscheiden und die Auflösung bedarf es neben dem hierauf gerichteten Kirchengemeindevorstandsbeschluss der betroffenen Kirchengemeinde (im Falle des Ausscheidens nach Absatz 1) der Zustimmung der Verbandsvertretung. Für das Ausscheiden einer Kirchengemeinde ist die Zustimmung der Mehrheit der Verbandsvertretung erforderlich. Für die Auflösung des (Kirchen-)Gemeindeverbandes bedarf es der Zustimmung von zwei Dritteln der Verbandsvertretung.

Zu § 28 Aufgaben:

§ 28 lehnt sich mit Blick auf die Aufgaben des (Kirchen-)Gemeindeverbandes an die Vorgängerregelung des § 24 VVG an.

Zu § 29 Verbandsvertretung:

§ 29 schreibt die bisher bekannte Praxis einer Verbandsvertretung zur Wahrnehmung der Angelegenheiten des Verbandes fort. Ihr gehört gemäß Absatz 1 Satz jedoch nicht mehr zwingend der jeweilige Vorsitzende des Kirchengemeindevorstandes an. Vielmehr werden die beiden Mitglieder der Verbandsvertretung aus den Reihen der Mitglieder der einzelnen Kirchengemeindevorstände für die Dauer ihres Amtes gewählt.

Gemäß Absatz 2 wählt die Verbandsvertretung aus ihren Reihen eine Person für den Vorsitz und mindestens eine Person für den stellvertretenden Vorsitz. Demnach muss den Vorsitz in der Verbandsvertretung nicht mehr zwingend ein Pfarrer innehaben. Eine unmittelbare Beteiligung eines Pfarrers über die Verbandsvertretung erscheint in den (Erz-)Diözesen Paderborn, Essen und Münster nicht unbedingt erforderlich, da durch die dortigen (Kirchen-)Ge-

meindeverbänden in erster Linie Verwaltungsunterstützung für die zugehörigen Kirchengemeinden geleistet wird. Die Neuregelung kann insofern als Möglichkeit der Arbeitsentlastung und weitergehende Form der Beteiligung von Laien in wichtigen Positionen angesehen werden.

Anders stellt sich die Situation jedoch in den (Erz-)Diözesen Köln und Aachen dar. Den dortigen (Kirchen-)Gemeindeverbänden kommt neben der Vermögensverwaltung auch eine maßgebliche Zuständigkeit für die Pastoral zu. Um insofern die Beteiligung eines Pfarrers sicherzustellen, kommt einem Pfarrer der am (Kirchen-)Gemeindeverband beteiligten Kirchengemeinden im Grundsatz der Vorsitz zu.

Zu § 30 Satzung:

Bezüglich der nach § 30 künftig vorgesehenen Satzungen greift § 31 als Übergangsregelung.

Zu § 32 Inkrafttreten:

Die Aufhebung des VVG erfolgt durch den Landtag. Der kirchliche Gesetzgeber ordnet lediglich das Inkrafttreten des KVVG an. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich ein klarstellender Zusatz, mit dem auf die erfolgte Aufhebung des VVG durch den Landtag hingewiesen wird.